

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

ersch. täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 1 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4 gespaltete Zeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennig. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Das „Berliner Volksblatt“

beschäftigt sich beim Monatswechsel dem Berliner Publikum und besonders den Berliner Arbeitern zum Monoment.

Da in der nächsten Zeit das politische Leben in Deutschland speziell in parlamentarischer Beziehung immer lebhafter sich gestalten wird, so dürfte eigentlich in keiner Familie eine politische Zeitung fehlen.

Die zweite und dritte Berathung des Sozialisten-Gesetzes, das Branntweinmonopol werden den Reichstag noch in aufregender Weise beschäftigen, während der preussische Landtag die Polenvorlagen in den Kommissionen und in den zweiten und dritten Lesungen zu erledigen hat.

Das „Berliner Volksblatt“ wird wie bisher ausführliche Berichte über die Verhandlungen des Reichstags und Landtags bringen.

Außerdem aber wird dasselbe ganz besonders der politischen und sozialen Bewegung im Deutschen Reich seine Aufmerksamkeit schenken.

Die speziell die Bevölkerung der Reichshauptstadt interessirenden Angelegenheiten wird das „Berliner Volksblatt“ nach wie vor in eingehender Weise behandeln.

Der Abonnementspreis des Berliner Volksblatt

mit der wöchentlichen Gratisbeilage „Illustrirtes Sonntagsblatt“ beträgt für Berlin pro Monat 1 Mark 35 Pf., pro Woche 35 Pf.

Bestellungen werden von sämtlichen Zeitungs-Expeditoren, sowie von der Expedition unseres Blattes, Zimmerstraße 44, entgegengenommen.

Für außerhalb nehmen alle Postanstalten Abonnements für den Monat März gegen Zahlung von 1 Mark 34 Pf. an.

Redaktion u. Expedition d. „Berliner Volksblatt“.

Freie Konkurrenz in der Presse.

Es sind etwa 50 Jahre her, seit in Paris ein Duell zwischen zwei jungen Journalisten stattfand, das berühmt geworden ist. Der eine der Kämpfer war Armand Carrel, der andere Emile de Girardin. Der letztere hatte in

seinem Blatte angekündigt, daß er den Abonnementspreis herabsetzen werde, worauf Carrel antwortete, bei so niedrigen Preisen könne ein Schriftsteller unmöglich mit Ehren bestehen. Die daraus folgende Polemik führte zu einem Duell, welchem mittelalterlichen Brauch bekanntlich die französischen Journalisten aller Parteilagerungen heute noch ergeben sind. Der Ausgang war tragisch; der edle und mutige Carrel fiel unter der Kugel des Charlatans Girardin und der letztere lebte noch lange, um der belannte „König der Presse“ zu werden.

Armer Carrel! Er hat sein Blut umsonst vergossen. Wenn er heute sehen könnte, was aus der Presse im Allgemeinen geworden ist, er würde trauernd sein Haupt verhallen.

Die höhere Auffassung von der Aufgabe der Presse, von ihrer Bedeutung als Lehrerin des Volkes und als Hüterin seiner Rechte, als Pflegerin seiner Ideale ist fast überall verschwunden. In der Gesellschaft des Kapitalismus gilt eben das Preherzeugniß einfach als Waare und wird nicht nach der geistigen Höhe seines Inhalts, sondern nach der Höhe des sich aus dem Vertrieb ergebenden Profits abgemessen.

Daß sonach die kapitalistischen Unternehmer auf dem Gebiete der Presse unter einander in die „freie Konkurrenz“ eintreten, ergibt sich von selbst. Und so werden auch in die Presse alle die tiefen Schäden hineingetragen, die von dem System der „freien Konkurrenz“ unzertrennlich sind. Man drückt die Preise der Waare herab und unterbietet sich gegenseitig, um einen größeren Massenabsatz zu erzielen und die Konkurrenten zu verdrängen.

Die mittleren Journale unserer großen Städte kosten durchschnittlich 3 bis 4 M. vierteljährlich; also 1 M. bis 1 M. 35 Pf. pro Monat. In schlechteren Zeiten wird von Einzelnen geltend gemacht, daß das zu viel sei. Das bringt einen „fixen“ Unternehmer auf eine Idee; ein billiges Blatt, billiger als alle anderen, muß her! Es kostet 90 Pfennig pro Monat. Es gewinnt sofort einen großen Leserkreis; aber da kommt ein Anderer, der nur 80 Pfennig pro Monat als Abonnementspreis nimmt. Er überflügelt sofort den Vorgänger; aber kaum sitzt er im Sattel, so kommt ein dritter, der nur 70 Pfennig pro Monat nimmt, und wirft ihn wieder herab. Und so geht das fort, bis an die Grenze der Möglichkeit.

Die Wünsche, die auf solche Art entstehen und mit denen die großen Städte überflutet werden, kann man nicht mehr als Zeitung bezeichnen. Es versteht sich ja ganz von selbst, daß je geringer der Preis, auch desto geringer die Qualität des Inhalts ist. Selten lesen wir da einen Leitartikel; meistens nur einige eilig zusammengestoppelte, aus anderen Blättern geschnittene Notizen, den unentbehrlichen Lokalkaffisch, einen „spannenden“ Roman oder auch zwei Romane werden ent-

weder aus ausländischen Blättern entwendet oder aus jenen Romanfabriken bezogen, die für den Schriftsteller das sind, was die industriellen Fabriken für den Handwerker. Dann findet man noch Reklamen und Annonzen und die „Zeitung“ ist fertig.

Dieses Piraten- und Schmarogertum schiebt heute so zahlreich wie die Pflanze aus der Erde, um sich überall einzunisten und die Presse auf sein Niveau hinabzudrängen. Es gelingt ihm meistens nur zu gut. Wir kennen deutsche Städte, wo Blätter von nicht unbedeutlichem Umfang für 30-40 Pfennig monatlich erscheinen. Dadurch ist es denn auch an jenen Orten so weit gekommen, daß die Presse daselbst nur eine Karrikatur von dem ist, was sie sein soll.

Für den Schriftsteller und den Journalisten bleibt unter solchen Umständen gar nichts mehr zu thun übrig. Solche Blätter, wie wir sie geschildert haben, kann ja Jeder zusammenstopeln und wenn er vorher Gekelstreiber oder Schaffhüte in der Lüneburger Heide gewesen wäre. Man braucht ja nichts zu schreiben; man schiebt einfach die Arbeit der Schriftsteller und Journalisten, die für andere Blätter arbeiten. So kann man auch die Preise niedrig halten.

Wir kennen ein weitverbreitetes Zeitungsunternehmen, das vor 30 Jahren an einem kleinen Orte gegründet wurde, der Gründer war damals unfähig, einen Artikel zu schreiben, und ist es heute noch. Allein er war fähig zu stehlen, er beraubte die Blätter der ganzen Provinz und wenn sie sich darüber beschwerten, so ignorirte er das mit einer Kaltblütigkeit, die einer bessern Sache würdig gewesen wäre. Er hatte Glück und nachdem er seine Gewohnheitsdieberei 30 Jahre lang fortgesetzt hatte, war er ein sehr reicher Mann, während masoch von denen, deren Arbeit er sich rechtswidrig angeeignet, im Elend schmachtete. Als der brave Unternehmer reich geworden war, begann man ihn auch für geistvoll anzusehen. Er war natürlich ein sehr liberaler Mann und machte immer den größten Eindruck, wenn er von der Heiligkeit des Eigentums sprach.

Solche Erscheinungen waren früher vereinzelt; heute tauchen sie en masse auf. Die Schuld daran, daß sie überhand nehmen, trägt Niemand, als das Publikum selbst, das sich mit der elendsten geistigen Nahrung begnügt, wenn sie billig ist. Beareiflich ist das bei dem heutigen schlechten Verdienst bei Vielen, aber keineswegs bei Allen. Wenn das Publikum will, kann es die Piratenblätter beseitigen. Allein es giebt leider so viele Leute, die ein Blatt lieber haben, das ihnen gar keine geistigen Anforderungen stellt, als ein solches, das nicht nur unterhalten, sondern auch belehren will.

Was soll man dagegen thun? Eine schärfere Bestrafung des Nachdrucks eintreten lassen? Das würde nicht viel helfen, denn man kann es leicht umgehen. Es wird

Feuilleton.

Die Tochter des Bankrotteurs.

Roman aus der Gegenwart von Gustav Böffel.

Sie empfand jene allgemeine Verurtheilung um so schmerzlicher, als auch die Baronin nicht anders zu denken vermochte. Keine Zeile empfing sie von ihr; sie kam nicht her, um ihr Trost und Muth einzusprechen, nicht einmal, um sie zu fragen, ob es denn wahr sei, was man von ihr sagte. Sie ahnte nicht, daß jene ebensoviele um sie gelitten, als sie um Tag verrathen und die erwartete vertrauliche Mitteilung Ernas an sie noch immer nicht kam. Wo immer sie auch weilte, dachte die Baronin, einen Brief ohne Adresse konnte Erna an sie doch gelangen lassen, und wenn er auch nichts enthalten hätte, als die Versicherung ihrer völligen Unschuld. Das Ausbleiben jeder solchen beruhigenden Zuschrift hatte sie zum ersten Male mit dem Gewanten an Ernas mögliche Schuld erfüllt, und dieser Gewante hatte sie zu einer freiwilligen Verbannung außer Landes getrieben. Fern von der Heimath weilte sie noch jetzt und ängstlich mied sie jeden Blick in eine Zeitung, denn würde sie diese unerwartete Wendung der Dinge wohl schon genug in Ernas Arme geführt haben. Diese aber war zu stolz, um einen Brief nach Selchow zu richten, und sie verzehrten sich beide in Sehnsucht zu einander, so klagten beide einander an, ohne den wahren Sachverhalt und die Ursache, in der sie sich von einander befanden, zu ahnen.

Die Baronin gedachte erst im Sommer nach Selchow zurückzukehren, und schon mit den ersten warmen Tagen verließ Erna das Krankenhaus, welches ihr jetzt wie ein Kerker dänkte.

Auf Veranlassung des Oberarztes, der ein lebhaftes Interesse an ihrer Krankheit und an ihrem ferneren Schicksal genommen, wurde ihre kleine Partschast durch Verpfändung nicht weiter geschmälert. Erna war also in der

Lage, sich ihre Zukunft selbst gestalten zu können und ihren Aufenthalt bis zu einer Beschlussfassung nach Belieben zu wählen.

Sie mietete sich nun in einer entlegenen Vorstadt unter dem angenommenen Namen „Walten“ ein bescheidenes möbliertes Zimmerchen, ihren Wirthsleuten erklärend, daß ihre Sachen ihr von Stralsund nachgeschickt werden würden, sie habe dieselben dort als Frachtgut aufgegeben. Man glaubte ihr. Sie machte einen so vertrauensvollen Eindruck, schien so hilflos und leidend, daß man sie schon um deswillen ungern forgnommen hätte. Erna bezahlte auch den kleinen Miethsbetrag pränumerando, und damit schien jeder Zweifel an ihrer Zahlungsfähigkeit gebannt.

Es war ein niedriges, bescheidenes Dach, welches ihr jetzt gastliche Schutz gewährte, aber um Alles in der Welt hätte sie es nicht mit dem des Selchower Schlosses oder des eigenen Vaterhauses vertauschen mögen. Hier hatte sie kein Recht mehr zu sein; die Gläubiger hatten es in Beschlag genommen, und demnächst sollte es mit allem lebenden und todtten Inventar zum Verkauf kommen. . . . in dem Schloß aber, wo man sie ja auch nicht fortgewiesen hätte, wäre sie ihrer Meinung nach nur eine Geduldete gewesen; und da die Baronin ihre Unschuld nicht bedingungslos anerkannte, wollte sie auch gar keinen Versuch machen, sie davon zu überzeugen. Selbst ihre Wirthsleute sprachen lieblos von Erna Eschenbach, die sie nicht kannten; sie verurtheilten sie, ohne zu prüfen, ob sie auch schuldig sei; und so war Erna doppelt froh, ihren Namen geändert und sich so allen unliebhaften Auseinandersetzungen entzogen zu haben.

Die allgemeine Verurtheilung und die besondere der Baronin drückten sie doppelt schwer in dem Gedanken, daß nun die Zeit herrannah, wo Bernhard von seiner zwölfmonatlichen Reise zurückkehren mußte. Wie wohlfeil wurde ihm nun die Entschuldigung für das Erlassen seiner Liebe, für das Einstellen seiner Korrespondenz! Sie vergab ihr schamerträutes Anlitz zwischen den Händen, wenn sie an den Augenblick dachte, wo sein Vater ihm mit triumphirender Miene die Zeitungsberichte über den gewaltsamen Sturz

des Hauses Eschenbach vorlegen würde. Sie mußte, daß nicht nur sein Vater, daß seine ganze Familie ihrer Verbindung entgegen war, und es bedurfte keiner zu lebhaften Phantasie, um sich die Situation auszumalen, wie sie sich hier gestalten mußte. Sie hatte auch ganz Recht mit ihren Vermuthungen bezüglich der Angehörigen Bernhards, nur gehörte das ja Alles schon der Vergangenheit an, was sie mit Bangen von der Zukunft erwartete.

Zu dem Häuschen, in welchem Erna Wohnung genommen, gehörte ein Gärtchen, und in diesem weilte sie am liebsten. In Rücken des kleinen Hauses breitete es sich aus wie der überreiche Garten hinter dem Palaste ihres Vaters, und ebenso still war es hier, ebenso unbeachtet konnte sie hier auf und nieder wandeln und ihren theils trüben, theils finsternen Gedanken nachhängen.

Sie hatte Alles, Alles verloren, was ihr das Leben schön und werth gemacht hatte, und Alles — das fühlte sie — durch die einzig eine Hand, deren Walten wie ein Fluch über ihrem Dasein ruhte. O, wenn sie ihm einst begegnen sollte, diesem Todfeind ihr Vaters, wenn er nur den Muth haben wollte, herr und ihr ins Gesicht zu sagen, daß dies sein . . . gewesen . . . Sie hatte zwar noch keine bestimmte Vorstellung von dem, was dann geschehen, was sie dann thun würde; aber die furchtbare Erregung ihres Innern sprach laut dafür, daß sie sich rächen würde, so oder so. Die angesammelte Wuth, welche von Zeit zu Zeit auch in ihr emporloderte, ließ in Augenblicken, wo sie daran dachte, ihre Augen blitzen und ihre Faust sich ballen, als gälte es schon jetzt den Kampf, den sie mit einem wahren Heldenmuth herbeisehnte.

So verging Erna der nächste Monat. Länger hatte es aber nicht bedurft, um ihrer jungen starken Natur zum vollkommenen Siege über ihre todbringende Krankheit zu verhelfen. Sie fühlte sich jetzt stark genug, um in den Kampf um Dasein einzutreten, in welchem sie fortan redlich mitstreiten und ihre Kraft erproben sollte. Sie hatte inzwischen auch Zeit genug gehabt, um zu überlegen, wie sie ihre Zukunft gestalten wollte.

eben so lange nicht besser werden, bis das Publikum an Bildung im Allgemeinen gewonnen hat. Dann wird es größere Anforderungen an die Zeitungen stellen, denen das von uns geschilderte Respirationshum, wenn es bestehen will, nicht wird genügen können.

Wenn die Umgestaltung der Presse in der gegenwärtigen Art weiter geht, so ist es nicht unmöglich, daß wir in einem Jahrzehnt eine Menge von Blättern mit relativ gutem Inhalt durch die elendsten aber billigsten Preiserzeugnisse verdrängt sehen werden. Das Publikum kann sich in diesem Fall, wenn es will, selbst helfen; möge es unsere Mahnung nicht unbeachtet lassen!

Politische Uebersicht.

Die Partei Bismarck sans phrase scheint einanderbröckeln zu wollen. Diese Partei besteht im preussischen Abgeordnetenhaus aus den Alt-Konservativen, den Freikonservativen und den Nationalliberalen. Daß ab und zu einer der alten preussischen Liberalen, oder sagen wir Altliberalen, die jetzt in der nationalliberalen Partei aufgegangen sind, über die Stränge schlagen und nach links abtreten müßte, ist wohl verständlich, doch hat das nichts zu bedeuten, weil ein solcher Versuch wegen Altersschwäche immer mißlingt. Erschöpft verwickelt sich der Abtrünnige in den Strängen und, sich selbst fesseln, sinkt er wieder zurück in die Partei Bismarck sans phrase. Wenn aber ein Hochkonservativer, ein mutziger, feuriger Kenner über die Stränge schlägt, so ist das ganz etwas anderes. Der hochkonservative Abg. v. Meyer (Wendwalde) ist aus der konservativen Partei ausgeschieden — und zu ihm stehen die Abg. v. Gerlach und v. Schwerin — weil die konservative Partei lediglich eine Regierungspartei, eine Partei Bismarck sans phrase geworden ist. Solche konservative Selbstständigkeit kann uns wohl gefallen, schon deshalb, weil sie einen schroffen Gegensatz zum Nationalliberalismus bildet.

Auch im Herrenhause, dem sonst unwandelnbaren, hat sich ein Wandel in der konservativen Partei vollzogen. Drei- zehn Mitglieder sind unter der Führung des Herrn v. Kochow aus der „Fraktion Stahl“, diesem alten reaktionären Erbsitz des Herrenhauses, ausgeschieden.

Die fortdauernde Beschlussunfähigkeit des Reichstags hat endlich das feinerne Herz des Präsidenten v. Wedell erweicht. Im Einverständnis mit den Fraktionen will derselbe dem Reichstag einige Tage Ferien geben, damit die Reichsboten nach denselben mit erneuter Kraft sich auf das Brandtweinmonopol werfen können, um dasselbe entweder in langen Kommissionsdebatten durchzubohlen oder, was besser wäre, im Reime zu erledigen. Wir wünschen dem Reichstag dazu eine gute Verrichtung.

Einer Produktionssteuer auf Spiritus geht man, um die Separatinteressen der Agrarier zu wahren, weit aus dem Wege. Wenn einmal der Branntwein höher besteuert werden soll, so möge man bei der Quelle anfangen — das ist die Meinung der großen Mehrheit des Volkes. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ aber bemerkt im Gegensatz dazu: „Kurzum, die Aufgaben, die die Regierung bei einer Reform der Branntweinsteuer allein im Auge halten darf, lassen sich nur durch das Monopol oder die Lizenzsteuer lösen; auf keinen anderen als auf diesen beiden Wegen ist es möglich, eine gerechte Erhebung der Steuer zu sichern und zugleich der Ueberhandnahme des Branntweingewinnes entgegenzutreten.“ Man kann sich übrigens hierbei trösten. Das Monopol erhält die Regierung nicht und die Lizenzsteuer in der Höhe, wie die Regierung sie geplant hat, ist unmöglich, weil dann der Branntweinmonopolismus den Wirtschaften aufhört und die Steuer nicht einbringt.

Schöne Rosenamen legt die freikonservative „Post“ bei Besprechung der Debatten über die Schulvorlagen (Vollensvorlagen) im preussischen Abgeordnetenhaus dem Abg. Professor Birchow, diesem vielseitigen bedeutenden Gelehrten zu. Das konservative Blatt hat den Rath, Birchow einen „Berufs- politiker“ zu nennen, obwohl sich der Gelehrte ungemein wenig zum Schaden seiner Fraktion, um Politik bekümmert. Das Blatt schimpft Birchow eine „lächerliche Figur“ auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, wohl nur deshalb, weil Birchow einer der wenigen Männer im Parlament ist, dem Fürsten Bismarck auch in Hinsicht auf dessen „Allertheil“ vollständig zu widersprechen. Gerade dadurch ist er sich weit aus hervor, und seine Fraktionskollegen, die Herren Richter und Räder, Hänel und Bamberg konnten sich an Birchow ein gutes Beispiel nehmen. Daß Professor Birchow gerade den Jörn des „Volkstheaterorgans“ durch seinen Widerspruch gegen des Reichstagslangens äußere Politik hervorruft, ist ja selbst-

Bald nach ihrem Einzug hatte sie die nothwendigsten Anschaffungen für sich gemacht und alle Pakete nach einem Geschäft dirigirt, in welchem ein neuer, großer Koffer, den sie gekauft, der Aufnahme derselben harrie. Diesen ließ sie Abends in ihre Wohnung schaffen, wo sie dann die gekauften Sachen auspackte und ordnete. Ihre Wirthschafterin meinte nun, der Koffer sei von der Bahn gekommen und damit Alles bestätigt, was Erna versprochen hatte. Sie aber freute sich des Gelingens ihrer unschuldigen List, hing die Entdeckung ihrer Täuschung doch an solchen Kleinigkeiten!

Sie war also reisefertig und Geld zu einer längeren Reise blieb ihr auch noch.

Nun galt es, sich die Stellung zu suchen, welche sie für sich als passendste dachte; das war als Gouvernante oder Gesellschafterin, zu etwas Anderem fühlte sie weder Neigung noch Beruf. Eine solche Stellung konnte sie aber nur mit Hilfe einer Zeitung finden.

Ihre Wirthschafterin hielt nur ein Blatt untergeordneten Ranges, und Erna versprach sich herzlich wenig davon, als sie jene bat, sie möchten ihr täglich einen flüchtigen Blick in dasselbe gestatten. Sie motivirte das mit ihrem Stellegen- gesuch, und nun wurde sie auf's angenehmste überrascht.

„Eine Stelle als Gesellschafterin, Fräulein?“ rief die Tochter des Hauses. Die kann ich Ihnen gleich nachweisen. Hier! Gesellschafterin bei einer einzelnen Dame aus den höheren Ständen. . . Allerdings scheint die Dame schwer zurückzu zu stellen, denn die Annonce figurirt hier schon seit 14 Tagen — Tag für Tag, und daß sie in unserem Blättchen erscheint, ist ein sicherer Beweis für ihre Aufnahme in sämtliche Blätter der Weltstadt.“

„Ja, die reichen Leute haben so ihren eigenen Geschmack,“ meinte die Mutter des jungen Mädchens dazu. „Und je mehr sie haben, um so mehr verlangen sie. Jene Anzeige kostet der Dame schon viel Geld, der beste Beweis, daß sie viel hat und daß sie es sich etwas kosten läßt, ihren Geschmack vollbefriedigt zu finden.“

verständlich, dürfte aber dem Angegriffenen keinerlei Schaden zufügen.

Aus Turnerkreisen wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: „Jede politische Parteistellung, so beschloß der Gothaer Turntag des Jahres 1881, muß den Turnvereinen als solchen durchaus fern bleiben. Dieser Satz ist auch heute noch prinzipiell unanfechtbar, ein gegenheiliger Beschluß nie erfolgt. Daraus folgt, daß Niemand im Rahmen des Vereins und der Vereins- besprechungen, wie sie in den Statuten gekennzeichnet sind, das Recht hat, Angehörige anderer Parteien, diese selbst, ihre Richtung u. s. w. zu demängeln, zu verächtlichen oder anzulügen. Die 2. Bellsage zu Nr. 8 der „Deutschen Turnzeitung“ bringt unter der Rubrik „Turnschule“ eine Aufforderung des Geschäftsführers der deutschen Turnerschaft, Herrn Dr. med. Goetz in Lindenau, worin den Mitgliedern die Förderung der Turn- schule ans Herz gelegt wird. Es heißt darin: „Es muß ein kräftiges, gesundes, treues Geschlecht heranwachsen, um das kaum gewordene Deutsche Reich und das überall angefochtene Deutschtum gegen die vielen Feinde zu schützen die schwarz und roth und in allen Farben und Tungen, offen und heimlich, von außen und im Innern am Vaterlande herumzertrennen.“ Was diese Redensarten besagen, ist klar, selbst wenn der Mann, der es geschrieben, nicht Goetz hieße. Solch Hinein- ziehen der „nationalen“ Organe in die deutsche Turn- bewegung erscheint überhaupt nicht, an der dazu gewählten Stelle aber am allermeisten am Plage und es wird Pflicht der turnerischen Gau- und Kreisorgane sein, zu erkennen zu geben, daß derlei Ausschreitungen des Herrn Geschäftsführers alles andere, nur keine Anerkennung verdienen.“ — So die „Frankfurter Zeitung“. Dr. Ferdinand Goetz, früher der „Radikalisten“ einer, der die tollsten Proben noch im geleiteten Mannesalter in den „Kneipen“, auf Turnplätzen und Festen brachte, dem es „Kutschgauer“ wurde, das neue Reich „anzuerkennen“, ist schon längst ein Reaktionsär, ein „Ordnungs- mann“ geworden. Ein demokratischer Philister früher, ist er ein konservativer Philister geworden — ein Philister und be- schränkter Mensch ist er geblieben. Deshalb thut die „Frank- furter Zeitung“ gut daran, den „Turnkunstmeister“ Goetz nicht ernst zu nehmen. Wir müssen über die literarischen Bodsprünge desselben immer recht herzlich lachen.

Oesterreich-Ungarn.

Der § 1 des projektirten Sozialistengesetzes lautet: „Die Bildung von Vereinen, bezüglich deren durch Thatsachen die Annahme gerechtfertigt ist, daß sie solchen sozia- listischen Bestrebungen dienen werden, welche auf den gewalt- samen Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsord- nungen gerichtet sind, ist zu unterlagen.“ — Fast wörtlich so- vort aus dem deutschen Sozialistengesetz!

Frankreich.

Der Kriegsminister Boulanger, welcher mit großer Energie die monarchischen Wählerkreise in der Armee unterdrückt hat, geht ebenso schonungslos gegen das republi- kanische Protektionssystem los. Er hat ein Rundschreiben er- lassen, in welchem darauf hingewiesen wird, daß in Zukunft alle Empfehlungen von Seiten der Deputirten und Senatoren, sowie der übrigen „Notabilitäten“ der Republik wirkungslos bleiben würden.

Großbritannien.

Die ersten, welche von der Aufforderung Gladstone's in seinem Schreiben an Lord de Belsi, daß Jedermann in Irland ihm über die irische Frage seine Meinung und Rathschläge mittheilen mögen, Gebrauch gemacht haben, sind die irischen Bischöfe, in deren Namen der Erzbischof von Dublin dem Premierminister ein Schreiben übersandt hat. In demselben heißt es u. A.:

1) Betreffs der Selbstregierung oder Home-rule ist es un- sere feste und gewissenhafte Ueberzeugung, die, wie wir glauben, auf die vollste, verschiedenartigste und gleichzeitig zuverlässigste Information gegründet ist, daß dies allein die Bedürfnisse, die Wünsche und die legitimen Bestrebungen des irischen Volkes befriedigen kann. . .

2) In Betreff der Regelung der Landfrage nehmen wir durchaus keinen Anstand zu konstatiren, daß sie nach unserer Ansicht jetzt gebieterisch eine Lösung verlangt, und daß dies nicht besser bewerkstelligt werden kann, als durch die Maßregel, welche gewisse englische Journalisten und Staatsmänner neuerdings bestrafwortet haben, nämlich durch den Ankauf des Gutsherrn- Interesses an dem Grund und Boden seitens der Regierung und die Weiterverpachtung seitens der letzteren an Farmer zu einem Pachtszins, der sich beträchtlich unter der gegenwärtigen gerichtlich festgestellten Pachtszinsbewege. . .

3) Betreffs der „gesellschaftlichen Ordnung“ beschränken wir unsere Bemerkungen auf zwei Punkte: öffentliche Ausschreitungen, nämlich persönliche Einschüchterung, um an der Erfüllung von Kontrakten zu hindern und die persönliche Freiheit des Handels einzuschränken. Wir sind fest überzeugt, daß nach der Regelung der Landfrage auf der obigen oder irgend einer anderen Basis kein Anlaß zu Beschwerden in dieser Hinsicht mehr gegeben werden wird.

„Um so weniger Hoffnung für mich!“ entgegnete Erna, indem sie die Annonce überflog. „Uebrigens steht hier nur eine Initiale, und wer weiß, was und wer sich dahinter verbirgt.“

„Doch wohl nur die Dame selbst,“ sagte lächelnd die Wirthin. „Die Herrschaften nennen ja meistens nur In- itialen, wenn sie nach Jemand annozieren. So werden sie nicht überlaufen und können sich unter den Stellungsuchenden diejenigen zur persönlichen Vorstellung auswählen, welche ihnen am geeignetsten scheinen.“

„Und zumal bei einer solchen Stellung,“ bestätigte die Tochter, „wo die Angabe eines kurzen Lebenslaufs ver- langt wird.“

Erna seufzte. Daran hatte sie noch gar nicht gedacht, daß ihr Name und ihre Vergangenheit ein ernstes Hin- derniß zu ihrem Fortkommen werden könnten. Die annozi- rte Stellung entsprach in Allem ihren Wünschen, und doch durfte sie nicht hoffen, sie zu erhalten, wenn sie ihren Namen nannte. So einfachen Leuten wie diesen hier konnte sie allerdings vorpiegeln, daß sie eine Andere sei, war sie doch immer nur auf Augenblicke mit ihnen zusammen und in der Lage, sich allen lästigen Fragen durch raschen Rückzug in ihr Zimmer zu entziehen. Anders dort, wo sie sicher gleich anfangs einem strengen Verhör unterworfen wurde und ge- zwungen war, jede an sie gerichtete Frage jederzeit zu be- antworten. (Fortsetzung folgt.)

Aus Kunst und Leben.

Projektirtes Repertoir der Königl. Schauspiel- vom 28. Februar bis 7. März 1888. Am Opern- u. u. s. o. Sonntag, 28.: Die Meisterfinger von Nürnberg; Montag, 1. März: Daphne und Curydice; Dienstag, 2.: Fidello (Herr Niemann); Donnerstag, 4.: 2. Substitutionsball; Freitag, 5.: Die Hochzeit des Figaro; Sonnabend, 6.: Der reisende Student, Der Kurmärker und die Pilsarde, Wiener Balzer; Sonntag, 7.: Ferdinand Cortez (Herr Niemann). — Im Schauspiel- hause. Sonntag, 28., auf Begehren: Rosenmüller und Pinke; Montag, 1. März: Ariel Acosta (Herr Sauer als Gast); Dienstag, 2.: Die Journalisten; Mittwoch, 3.: Eymont (Herr Sauer als Gast); Donnerstag, 4.: Till; Freitag, 5.: Der

Mr. Gladstone zeigte unterm 20. ds. den Empfang des obigen Schreibens an, indem er gleichzeitig seinen aufrichtigen Dank für die Mittheilung ausdrückte.

Rußland.

Die Petersburger Blätter sind über das Landsturm- gesetz in Oesterreich durchaus nicht erbaud. Sie ver- wahren die politischen Verhältnisse, mit welchen die russische Reform in Oesterreich zusammenfällt, und folgern nicht wenig für die Zukunft. Die „Petersburgische Wjedomosti“ ist durch die Verwirklichung des Projekts des europäischen Friedens mehr bedroht als durch irgend welche Mobilisirung. Was auch immer das Blatt, die Wiener und Bester Freunde des Friedens sagen mögen, Maßnahmen wie das Verbot der Pferdeausfuhr aus Bosnien und der Reorganisation des Landsturmes bilden durchaus nicht Symptome des Vertrauens und berechtigten nicht zu der Hoffnung, daß die politische Krise eine friedliche Lösung finden und das Frühjahr Frieden und Eintracht bringen wird. — Wir sind durchaus nicht betrübt darüber, wenn die Eintracht zwischen Rußland und Oesterreich und hoffentlich auch zwischen Rußland und Deutschland gestört wird; diese Eintracht ist immer nur die Eintracht der Reaktion.

Die „Roskowskija Wjedomosti“ melden, daß in Moskau u. s. o. dieser Tage sich ein aus 20 Schulmädchen bestehendes Komitee gebildet habe, um Sammlungen für die durch die Regierung verfolgten Personen zu veranstalten. Die Schul- vorsteherin verbot die Sammlungen, mußte aber schließlich, da sie keinen Gehorsam fand, die Polizei herbeirufen. Am Tage darauf fand man einen Entwurf zu einem Schriftstück, welches im Namen des „Weiblichen Revolutionskomitees von Moskau“ gegen das oben erwähnte Verbot protestirte. — Es sollte und nicht wundern, wenn man in dem heiligen Rußland, bei un- serem „Erbreunde“, gegen die Schulmädchen mit dem Stränge und Sibirien vorgehen würde.

Serbien.

Um die Verlegenheiten des dicken Milan noch zu erhöhen, erläßt der Kronpräsident Peter Karageorgewitsch an die Serben eine Proklamtion, in der es heißt: „Ich habe, daß diejenigen, die unser theures Vaterland an den Rand des Abgrundes brachten, selbst nach der entscheidenden Katastrophe nicht von dem gefährlichen Wege ablenken wollen, den sie be- treten, und auf welchem das Serbenvolk zu Grunde geht.“ Der Räder des Volkes brachte dasselbe dahin, daß es jetzt gleich einem aus der Mitte der Slavenfamilie Verfallenen dasieht, daß es ein slavischer Raim, die Hand gegen den läch- lichen Bruder in jenem großen Augenblick erhebt, als dieser um seine Freiheit und Einigung rang. In einem solchen Momente wurde das Serbenvolk zum Brudermörder gemacht. Serben! Ihr müßt zur Gottesgrübel werden, die aus Eurer Mitte den Ueberder allen Unglücks, das Euch betroffen, verjagt!“ — Das ist ein „Ton“ in der Sprache, vor dem sich die Anarchisten nicht zu schämen brauchen.

Rumänien.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Auf eine Anfrage in Bukarest ist telegraphisch die Nachricht eingelaufen, daß die Regierung der „Neuen Freien Presse“, wonach die rumänische Regierung sich für das französische System der Panzertruppen- nur Befestigung von Bularec entschieden habe, unwohl ist. Wir glauben allerdings nicht unermwähnt lassen zu dürfen, daß diese Befestigung vorerst immer nur privater Quelle entspringt; von einem amtlichen Dementi der am Sonntag in der „N. Fr. Z.“ mitgetheilten Nachricht ist uns bisher nichts bekannt geworden.“ — Also erst abwarten!

Merita.

Mit der „Revolution“ in Uruguay war's also nicht „Stolz wie ein Spanier“ erläßt der Präsident dieser Republik an seinen Gesandten in Paris folgendes Schreiben: „Sagen Sie Jenen, die sich mit einer Revolution in Uruguay be- schäftigen und die erklären, daß die Bewegung 5000 Mann mit Krupp'scher Batterie u. s. o. habe, daß die Regierung 25 000 Mann hat, mit 20 000 Remingtongewehren, 10 Krupp'sche Batterien und 40 Nordenförsche Kanonen, um sich geschick- machen und alle Jene zu bestigen, welche den öffentlichen Frieden stören wollen. Bis zu diesem Augenblick giebt es nicht einen einzigen Revolutionär im Lande.“ — Den Mund hat der Herr Präsident jedenfalls ein bißchen sehr voll genommen.

Parlamentarisches.

Die wichtigste Kommission des Reichstags ist unweil- haft die Arbeiterschulkommission, die nunmehr seit einigen Monaten tagt. Derselben sind bekanntlich sämtliche Anträge der Sozialdemokraten, der Konservativen, des Fortschritt- und der Nationalliberalen, die sich auf die Arbeiterschulgesetz- gebung beziehen, übergeben worden. Mit Ausnahme von ein- paar Resolutionen, die sich auf Verbesserung der Fabrikinspektoren und Einführung gewerkschaftlicher Schiedsgerichte beziehen, konnte man von der Kommission bis jetzt nichts Positives berichten. Wir wollen

zerbrochene Krug, Durch's Ohr; Sonnabend, 6.: Hamlet, König von Dänemark (Herr Sauer als Gast); Sonntag, 7.: Der Karolinger.

Im Deutschen Theater wird heute, Sonntag, „Der König- leutenant“ und morgen, Montag, „Don Carlos“ gegeben. Freilich Niemand kehrt Anfang dieser Woche von ihrem Urlaub zurück und wird am nächsten Donnerstag, den 4. März, zum ersten Mal wieder als „Hertha“ in „Ein Tropfen Gift“ auftreten. Außerdem bringt das Repertoir dieser Woche noch „Wiederholungen von „Der Bureokrat“, „Romeo und Julia“, „Der Königsleutenant“ und „Die Voreile“.

Mit der morgigen 25. Vorstellung des „Bigeunerbarons“ im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater begeben auch die Dar- steller der Hauptrollen eine Art Jubiläum: das der 25. Prä- sentation der von ihnen freierten Rollen. Mit ungeschwämmtem Humor waltet der Schweinefärsch Wellhof seines Amtes, Kap- tein führt der Bigeunerbaron Steiner seine originalen braunen Truppen an, die in Saffi Drucker und Skira-Stein ihre her- vorragendsten Vertreter haben und alle finden sie stets den Beifall des ausverkauften Hauses.

In dem vielbesuchten Kaiser-Panorama — Passage — gelangt in dieser Woche neben der interessanten Wanderung durch Konstantinopel, Athen und den Partien am Suezkanal der erste Jolly von der Schweiz mit den lohnendsten An- nahmen der Gotthardbahn zur Ausstellung.

Pastirscheine für's Jenseits. Der „J. N.“ zufolge ist in Moskau gegenwärtig eine Art Inbulgenzhandel im Schwange, mit dem sich griechische Mönche abgeben. Dieselben suchen in Moskau eine Art Abbläscheine des Patriarchen von Jerusalem abzufragen, die mit den Worten beginnen: „Durch Gottes Gnade der Allerheiligste Patriarch des Heiligen Geistes, des Heiligen Geistes, des Heiligen Geistes.“ Die Scheine enthalten die Unterschrift und das Siegel des Patriarchen und kosten 300 Rubel! Die „J. N.“ bemerken hierzu: „Die Käufer dieser Abbläscheine sind über- zeugt, daß die Seelen ihrer entlassenen Verwandten in jener Welt Vergebung der Sünden erlangen, wenn sie bei ihrem Hinscheiden mit diesem Pässe ins Jenseits verleben.“

Ein lustiger Druckfehler ist im Ober-Panniner Stra- ßenblatt vorgekommen. Auch dieses Blatt erzählt seinen Lesern die Hinrichtung des großen Elephanten in Hagenbeck's Zoo- park in Hamburg. Als man den Schaden sich aber be- lautete der letzte Tag: „Nach zehn Minuten war der Elephanten- Kolof eine — Leiche.“

Lokales.

Die Frühjahrsgononeit für Fische beginnt nach den gesetzlichen Bestimmungen in der Provinz Brandenburg mit dem 10. April und dauert bis zum 9. Juni. Für die Dauer dieser Schonzeit ist in den derselben unterstellten Gewässern jede Art des Fischfanges verboten. Die Bezirksregierungen können indes eine Ausnahme insofern gestatten, als sie den Fischfang an drei Tagen jeder in der Schonzeit folgenden Woche zulassen. Das Fischen mit dem großen Netz ruht jedes Jahr vom 1. April bis 24. August.

Die oberste Medizinal-Verwaltung läßt sich die Untersuchungen des Schweinefleisches sehr angelegen sein. Der vortragende Rath in dem Ministerium der Medizinal-Angelegenheiten Geh. Ober-Medizinal-Rath Dr. Hermann Eulenberg bringt in dem letzten Hefte seiner Vierteljahrsschrift einen auf die Ergebnisse der neueren Untersuchungen bezüglichen Aufsatz, in welchem auch des Instituts der die Fleischschau gewerbsmäßig betreibenden Personen erwähnt und dabei bemerkt wird, daß sich unter den eigentlichen Fleischbeschauern zwar nur ein geringer Prozentsatz solcher Personen befindet, welche zur Anstellung selbstständiger wissenschaftlicher Untersuchungen befähigt sind, daß jedoch jene der Wissenschaft keine geringen Dienste geleistet haben, denn nur den die mikroskopische Fleischschau praktisch ausübenden Personen ist es zu danken, daß wir jetzt mit ziemlicher Sicherheit über die Häufigkeit des Vorkommens trichinöser Schweine, sowie über die Verbreitung der Trichinen, mindestens in Norddeutschland, unterrichtet sind, und zweifellos würden uns ohne deren Mitwirkung manche andere Parasiten und andere Vorkommnisse im Schweinefleisch noch vollständig unbekannt geblieben sein. Schließlich erwähnt Eulenberg einer auf dem Berliner Central-Schlachthof getroffenen Anordnung, welche auch bei der Verabreichung des demnächst zu erwartenden Nahrungsmittelgesetzes Beachtung verdient.

Ein hochinteressante Steuerdefraudationsfrage ist zur Kenntniß der hiesigen Steuerbehörde gelangt. Nach dem Zollgesetz ist die Einfuhr von Straußenfedern für fertige Waare mit 900 M. pro 100 kg, für unfertige Waare mit nur 3 M. pro 100 kg belegt. Eine hiesige Firma kam nun auf den „glücklichen“ Gedanken, durch folgendes Verfahren den hohen Zoll für ihre aus Paris kommenden Straußenfedern zu sparen. Sie ließ sich nämlich Federn senden, welche bis auf das Kränlein vollständig fertiggestellt, d. h. gefärbt und genäht waren, und richtig wurden sie auch nur mit 3 M. pro 100 kg versteuert, denn das Gesetz kennt nur „fertige“ und „unfertige“ Straußenfedern und den nichtgekränelten sieht man ihre Unfertigkeit sofort an. Die Art und Weise des Imports belam nun die Steuerbehörde zu hören und hier eine große Lücke des Gesetzes erkennend, hat sie einen höheren Steuerbeamten mit der Sammlung des einschlägigen Materials beauftragt, mit welcher dieser gegenwärtig durch Rücksprache mit hiesigen Firmen der Straußenfedernfabrikation beschäftigt ist. Es sind demnach bezügliche Abänderungen bzw. Ergänzungen zu dem in Frage kommenden Gesetz schon in aller nächster Zeit zu erwarten.

Die Kellner des Ostend-Theaters und des Alhambra-Theaters veranstalten zum Besten ihres verunglückten Kollegen Probstmann am Mittwoch, den 3. März, Abends 8 Uhr, einen Familienball im Etablissement „Königsbau“, Gr. Frankfurterstraße 117. Entréebillets à 50 Pf. sind bereits jetzt in beiden Theatern zu haben. Das betreffende Kellner-Personal, dem andere Arrangements nicht zu Gebote stehen, möchte für den hilfsbedürftigen Kollegen gern etwas thun, und bittet daher um rege Theilnahme.

In brutaler Weise wurde in der Nacht zum Freitag der an der Spandauer Brücke 8 wohnende Arbeiter B. in der Zimmer- und Jerusalemstraße angefallen und recht übel zu gerichtet. B. trug eine Latte auf der Schulter und ging ruhig seines Weges. An der gedachten Stelle kamen ihm vier Männer entgegen, welche ihm die Latte entzogen und mit derselben derartig roh auf B. einschlugen, daß er mit einer klaffenden Wunde am Hinterkopf nach der Sanitätswache in der Markgrafstraße geschafft werden mußte. Es ist gelungen, die Thäter festzunehmen und sie zur Polizeiwache zu führen.

Ehron wieder ist ein nächtlicher Einbruch in den Laden eines Juweliers in der Brunnenstraße mit Erfolg, und ohne daß die Thäter bemerkt wurden, ausgeführt worden. Gestohlen wurden etwa 200 goldene und silberne Uhren, einige Duzend Talim- und Nadelketten, Uhrschlüssel, Medaillons und Zigarrenabschneider im Gesamtwerte von 8000—10000 M. Die Diebe haben in dem kleinen Hofe des Grundstücks, in welchem sie durch Uebersteigen aus einem benachbarten Hof gelangt sein müssen, das durch eine Eisenblech-Tauroste und eine eiserne Vorlesengehe geschützte Küchenfenster gewaltsam erbrochen, sind durch dasselbe in die Küche eingestiegen und von hier aus in den anstossenden Laden gelangt.

Der bereits mehrfach, zuletzt mit einem Jahre Gefängniß wegen Betruges bestrafte Kaufmann Rothe wurde am Freitag wegen versuchter Erpressung wiederum zur Haft gebracht. Bald nach seiner am Freitag erfolgten Entlassung aus Plöbensee schrieb er einen Brief an eine hiesige Firma, mit welcher er früher als Reisender in Verbindung gestanden hatte und ersuchte um Ueberendung von 50 Mark, indem er gleichzeitig drohte, im Falle der Weigerung ihm bekannt gewordene Unregelmäßigkeiten, die in den Geschäftsbüchern der Firma vorgekommen sein sollten, zur Anzeige zu bringen. Mit der Abtragung des Briefes betraute R. einen Dienstmann, während er in der Nähe des Geschäfts auf Antwort wartete. Letztere erfolgte in einer nicht erwarteten Weise, nämlich durch seine Festnahme. Zwei an andere Firmen gerichtete Briefe wurden bei ihm noch vorgefunden.

Ausgesundene Leiche. Ein eisiger Anblick bot sich am Sonnabend früh den Passanten der Burgstraße. In unmittelbarer Nähe jener Stelle, an der noch vor Kurzem die Kavalleriebrücke gestanden und demnächst die Kaiser-Wilhelmsbrücke aufgeführt werden soll, lag auf einem der dort im Wasser verankerten Fischläden die Leiche eines Mannes in mittleren Jahren, und zwar derart, daß der Oberkörper auf dem Rasten, der Unterkörper dagegen im Wasser lag. Die Oberfläche des Rastens war mit geronnenem Blut bedeckt, und am Kopf des Toten bemerkte man eine große klaffende Wunde. Von dem Vorfall in Kenntniß gesetzte Schiffer brachten die Leiche aus der eigenartigen Lage und benachrichtigten, nachdem dieselbe in einen kleinen Handfahrig gelegt und zugedeckt worden war, sofort die Kriminalpolizei. Allem Anschein nach ist der Unbekannte in angebittertem Zustande über das eiserne Geländer, das den Straßendam der Burgstraße von der Spree trennt, gefallen und auf den Fischkasten gestürzt, wo er zunächst betäubt liegen blieb und dann in Folge der Kälte und des Blutverlustes verstorben ist. Die Leiche, bei der keinerlei Legitimationspapiere gefunden wurden, ist behufs eventueller Rekognition nach der Morgue geschafft.

Selbst im Vollgefühl seiner Unschuld soll man vor Gericht nicht ohne Anwalt erscheinen. In Weichensee hatte ein lebenswürdiger Nachbar eine arme Wittwe beschuldigt, sie habe ihm 11 Epphenspfannen gestohlen. Die Frau behauptete ihre Unschuld, wurde aber gleichwohl zu acht Tagen Gefängniß verurtheilt. Nun erst eilte die arme Frau zu einem Rechtsanwalt, welcher die Berufung einlegte. In dieser Instanz wurde nun festgestellt, daß bei der statgehabten Hausdurchsuchung durch einen Gendarm der angeblich Bestohlene die bei der Frau vorgefundenen Epphenspfanne nicht alle die feinsten zu relognozierten vermocht habe, ferner bedunkelte ein Gärtner als Sachverständiger, die Pfannen seien bereits durch die Töpfe gewaschen gewesen, sie konnten also nicht frisch eingestift sein. Hierauf hin wurde die arme Frau freigesprochen und der Gerichtshof legte auch die Kosten des Verteidigers der Staatskasse zur Last. So zu lesen im konservativen omtlichen Anzeiger für Nummelsburg und Friedrichsberg. Wie viel Angst und Sorgen mag die

arme Frau ausgestanden, wie viel von ihrer Arbeitszeit — sie näht auf der Maschine — verumtast haben.

Polizei Bericht. Am 26. d. M. gab eine Frau in der Wriezenerstraße ihrer an Lungenerkrankung erkrankten 14jährigen Tochter aus Versehen anstatt der verordneten Arznei Karbolsäure ein, welche in einem ähnlich aussehenden Fläschchen auf demselben Tische stand. Das Kind starb trotz der sofort vom Arzt angewandten Gegenmittel noch am demselben Abend. — Am demselben Tage wurde ein 60jähriger Mann in der Königsstraße vor dem Hause Nr. 31 von einer Droschke überfahren und am rechten Unterschenkel und linken Arm leicht verletzt. — Am demselben Tage, Vormittags, geriethen Ritterstraße Nr. 119 hinter einem Ofen zum Trocknen aufgehängte Kleider, und Nachts Badstraße Nr. 26 einige Möbel in einer Küche in Brand. — Die Abends von der Wache in Schloß Mondjow nach Hamburgerstraße Nr. 20 gerufene Feuerwehr trat nicht in Thätigkeit.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Die beste Arbeiter-Organisation ist diejenige durch kleinere, sachliche Ortsvereine, wie sie vielfach, namentlich auch in Verbindung mit Konsumvereinen bestehen und wie sie sich als segensreich erwiesen haben — so verkünden triumphierend deutschfreisinnige Blätter. In solchen Vereinen, so heißt es dann weiter, sind einmal die Interessen der Arbeiter besser vertreten, als in den aus verschiedenen Elementen bestehenden Arbeiterkammern und dann sind sie die geeigneten Orte, an denen der Arbeiter selbst seine eigene Meinung kundgeben kann und nicht von dem Botum eines Vertreters abhängig ist. Nur muß dabei die Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden, daß diese Vereine nicht sozialdemokratischen Agitatoren anheimfallen. Zu dem Zwecke ist es nöthig, daß die Industriellen sich ihrer annehmen. Sie werden auf diese Weise zugleich auch Bindglieder zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, und Stützen des sozialen Friedens sein. — Natürlich „kleinere“ Fachvereine, sie sollen und können sich gegen den Kapitalismus dadurch wehren, daß sie den Rücken beugen und in allen Dingen nachgeben. Ein solches „Bindglied zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ ist natürlich den Vertretern des Kapitals sehr genehm. Deshalb auch die Forderung, welche derartige Vorkommnisse darüber äußern, daß in der Arbeiterschulungskommission des Reichstags die große allgemeine Arbeiterorganisation verworfen worden ist. Daß dadurch auch die Arbeiter in den Besitz einer gewissen Macht den Arbeitgebern gegenüber gekommen wären, hat eben zu der Ablehnung geführt. Man will eben die Arbeiter in keinem Falle zur Macht gelangen lassen. Und dennoch werden die Gegner der Arbeiterklasse auf die Dauer nachgeben müssen.

Das elektrische Licht, dieses hoffnungsvolle Kind der Elektrotechnik, sängt an der Schwere der Gasfabriken zu werden. Nach den Beobachtungen, die in der Regierungsdruckerei zu Washington, dem Government Printing Office, gemacht worden sind, stellte es sich heraus, daß während früher im Sageraal 700 Gasflammen brennen mußten, nach Einführung des elektrischen Lichts 400 Gaslampen genügt, und daß die Kosten für eine Brennstunde einer 16 Kerzenflammen-Lampe sich auf 2,77 Pf., die Kosten für die Brennstunde einer Gasflamme dagegen sich auf 3,99 Pf. beziffern. Der Kostenvergleich zeigt die Vorzüge der Edisonlampe im besten Lichte. Die Quelle, aus der wir schöpfen, ist eine amiliche: die obigen Mittheilungen hat der Igl. Bauinspektor C. Hinkeldey, technischer Attaché in Washington, dem Zentralblatt der Bauverwaltungen gemacht. Man weiß, daß die Mehrzahl der deutschen Gasanstalten in den Händen kleiner mächtiger Kapitalistengruppen sich befindet, die aus den Erträgen kolossale Dividenden heraus schlagen. Wenn irgend eine Einrichtung kommunalisiert zu werden verdient, so ist es die städtische Beleuchtung. Nichts wäre also mehr zu wünschen, als daß die Gemeindevertretungen das, was sie beim Gas versumt haben, beim elektrischen Licht nachholen, daß sie dasselbe in Regie betriebe nehmen. Ob es geschehen wird? Wenn eine Mehrheit wirklicher Volksvertreter in den Stadthäusern sitzt, dann sicherlich; so lange aber die Geldsackpolitik hinter den Koulissen die Fäden in der Hand hat, so lange wird auf solche gesunde Neuerungen nicht zu rechnen sein.

Aus dem Regierungsbezirk Magdeburg wird berichtet, die Zuckerindustrie leide noch immer an den Folgen der Ueberproduktion der früheren Jahre. Die Hoffnung, daß die drei letzten Monate des vorigen Jahres, welche für den Zuckerhandel sonst von hervorragender Bedeutung zu sein pflegen, einen belangreichen Abzug, und in Folge der gegen die Vorjahre bedeutend geringeren Produktion auch ein wesentlich besseres Preisverhältniß mit sich bringen würden, hat sich leider nicht erfüllt. Die noch aus der vorigen Kampagne herübergenommenen großen Vorräthe und die nicht befriedigende Ausfuhr ließen eine günstigere Stimmung nicht aufkommen. — Für die Arbeiter in der Provinz Sachsen lauten diese Nachrichten nicht tröstlich — Lohnreduktionen und Arbeitslosigkeit sind die Folgen der Ueberproduktion und der planlosen Produktionsweise.

Die Arbeiterbewegung in England zieht immer weitere Kreise. Es meldet ein Telegramm aus Birmingham vom 26. Februar: In Smethwic, unweit Birmingham stellen heute Morgen etwa 3000 in der Schraubenfabrik von Kettleford beschäftigte Arbeiter in Folge der Reduktion ihres Lohnes um 10 Prozent die Arbeit ein.

Zur Arbeiterbewegung in Spanien. Von dem Präsesen der Provinz Caceres ist in Madrid die Meinung eingegangen, daß sich unter den Grubenarbeitern von Barza la Mayor, im Bezirk Alcantara, eine gewisse Erregung bemerkbar macht, welche dadurch hervorgerufen ist, daß die Lohnabzählungen an die Arbeiter nicht regelmäßig erfolgten. Bisher sind Unruhen noch nicht vorgefallen.

Vereine und Versammlungen.

General-Versammlung der Puffer Berlins und Umgegend am Sonntag, den 28. d. M., Vormittags 10 Uhr, im Boukensädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37. Tages-Ordnung: 1. Wahl der Delegirten zum Kongreß deutscher Maurer. 2. Bericht über die am 21. d. Mts. stattgefundene Verhandlung mit den Meistern. 3. Verschiedenes.

Fachverein der Metallschleifer und verw. Berufsgenossen Berlins. Versammlung Montag, Abends 8 Uhr, in Niesl's Salon, Kommandantenstr. 71/72. Vortrag des Tischlers Herrn Boy. Diskussion, Geschäftliches, Verschiedenes und Fragekasten. Aufnahme neuer Mitglieder. Das Einschreibegeld beträgt 25 Pf., der wöchentliche Beitrag 10 Pf.

Verband deutscher Zimmerleute. Losalorband Berlin W. Montag, den 1. März, Abends 8 Uhr, in Grünbergs Salon, Schwerinstr. 23, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Völgel über: Das Handwerk in der Gegenwart. 2. Anträge. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Öffentliche Versammlung der in der Gutfabrikation beschäftigten Arbeiter am Montag, den 1. März, Abends 8 Uhr, im Saale des Schützenhauses, Vinkenstr. 3-5. Dasselbst werden die Mitgliedsbücher für den Fachverein ausgeben.

Große Volks-Versammlung Montag, den 1. März, Abends 8 Uhr, in Habel's Brauerei, Bergmannstraße 5/7. Tages-Ordnung: Das Wahlgesetz. Referent: Herr Reichstagsabgeordneter W. B. Liebnicht.

Verein der Modell-Tischler. Montag, Abends 8 Uhr, Ackerstr. 63, Vortrag des Herrn Ingenieur L. Wolfberg über Kraftmaschinen. Gäste willkommen.

untern Besern heut, da die Kommission zu einem bestimmten Resultat wenigstens in einer Frage und so zu einem gewissen Abschluß eines Theiles ihrer Verhandlungen gekommen ist, einen Rückblick über die Gesamtverhandlungen der Kommission geben. Da die Ergebnisse der im vorigen Jahre auf Anregung des Reichstags vorgenommenen Enquete über die Sonntagserarbeit noch immer nicht vorliegen, so hatte die Kommission beschlossen, an Stelle dieser Frage, welche eigentlich die Priorität unter den der Kommission vorliegenden Gegenständen beanspruchte, die Frage der Regelung der Kinderarbeit, zunächst auf die Tagesordnung zu setzen. Ursprünglich waren der Kommission zwei Anträge, welche sich mit der Kinderarbeit befaßten, vom Hause überwiesen: Der Antrag der Sozialdemokraten, welcher jede gewerbsmäßige Beschäftigung der Kinder unter 14 Jahren verboten wissen will, und der Antrag Lieber und Gen., welcher dieses Verbot für Kinder unter 14 Jahren nur für Fabriken gelten lassen will. Schon die ersten Sitzungen brachten das Resultat, daß ein Verbot der Kinderarbeit nur für Fabriken absolut unzureichend sei, ja daß durch ein solches die Kinderarbeit in der Hausindustrie, welche theilweise noch mit viel größeren Unzuträglichkeiten verknüpft ist, als die Fabrikarbeit, gefördert und noch mehr ausgedehnt würde, als es leider jetzt schon der Fall ist. Dieser, besonders von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Kommission und auch durch den Vertreter für Blauen, den deutsch-konservativen Abgeordneten Dr. Hartmann, vertretene Standpunkt wurde von allen Seiten als richtig zugegeben, nur in den daraus gezogenen Schlussfolgerungen gingen die Meinungen hienichtlich auseinander. Während nämlich die Sozialdemokraten und mit ihnen die beiden deutschfreisinnigen Abgeordneten Löwe (Berlin) und Halben und der Volksparteiler Grobe zu dem Schluss kamen, weil die Kinderarbeit in der Hausindustrie für die Entwicklung der heranwachsenden Jugend so außerordentlich gefährlich sei, müsse eben auch diese verboten werden, schraffen die Abgeordneten der Zentrumspartei und die Deutsch-Konservativen vor den Schwierigkeiten der Kontrolle in der Hausindustrie zurück. Die deutschfreisinnigen Abgg. Brömel, Baumbach und Schneider aber, nebst den Nationalliberalen und Konservativen, sehen in jeder Beschränkung eine Verhinderung des freien Spiels der wirtschaftlichen Kräfte und damit eine Verhinderung gegen St. Manchester. Die Herren Schneider und Brömel suchten deshalb pflücker Weise die ganze Angelegenheit mit dem Vorschlag einer Enquete zu kommen, welche Dr. Schneider ausschließlich auf die Textilindustrie beschränkt wissen wollte. Dieser schlaue Antrag war nun in seinem Zweck doch allzu durchsichtig, und so ergreife sich auch die Herren Baumbach, Schneider und Brömel für ihn ins Zeug legten, selbst ihre nationalliberalen Freunde, der Großindustrielle Buderus und der von den Konservativen ins Parlament geschickte Arzt Dr. Caspary, weigerten sich, dafür zu stimmen. Von dem Zentrumsmittglied Dr. Hise war ein Antrag eingebracht, nach welchem Kinderarbeit gegen Lohn bis zu 12 Jahren absolut verboten sein soll und schulpflichtige Kinder bis zum vollendeten 14. Jahre höchstens drei Stunden täglich beschäftigt werden dürfen. Die Tagesstunden, innerhalb welcher diese Beschäftigung stattfinden darf, soll die Schulbehörde bestimmen. Um all' diese Anträge, zu denen sich noch eine Reihe von Unteranträgen und eine Resolution des Abgeordneten Hartmann gesellte, drehte sich die Debatte während der durch Wochen sich hinziehenden Verhandlungen in der Kommission, bis endlich Ende der vorigen Woche der Schluss der Diskussion beschloffen und die Abstimmung auf heute festgesetzt werden konnte. Die letztere fand denn auch heute statt und wollen wir im Nachstehenden unseren Lesern das Resultat derselben mittheilen. Nachdem ein Vorschlag des Vorhändigen, nicht über die vorliegenden Anträge, sondern über die denselben zu Grunde liegenden Grundsätze abzustimmen, was natürlich zu einer heillosen Verwirrung geführt hätte, abgelehnt worden war, wurde bestimmt, zunächst über diejenigen Anträge abzustimmen, welche sich von dem nach unserer Gewerbeordnung geltenden Recht am weitesten entfernen und das sind die Anträge Kuer u. Gen., denen dann die übrigen Anträge in der Reihenfolge, wie sie sich der bestehenden Gesetzgebung nähern, folgen. Die Abstimmungen ergaben nun bei 23 anwesenden Mitgliedern folgendes Resultat: Der Antrag Kuer u. Gen., welcher lautet: „Die gewerbsmäßige Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren ist verboten“ — wurde abgelehnt mit allen gegen drei Stimmen. Dafür stimmten nur die beiden sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder und der Abgeordnete Löwe (Berlin). Der Antrag Halben: „Kinder, welche das vierzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, oder welche noch zum Besuch der Volksschule verpflichtet sind, dürfen in Fabriken und in der Hausindustrie außerhalb ihrer gesetzlichen Wohnort nicht beschäftigt werden,“ wurde abgelehnt mit allen gegen vier Stimmen. Dafür die Sozialdemokraten, Löwe und Halben. Ein Coentual-Antrag von Halben, welcher die Kinderarbeit nur verbietet, soweit die Kinder nach zum Besuch der Schule verpflichtet sind, sich also nicht an das vollendete 14. Lebensjahr bindet, wurde mit allen gegen acht Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten außer den beiden Sozialisten und den deutsch-freisinnigen Intransigenten noch die Zentrumskleute Rade, Graf von Galen und Stögel und der freikonservative Abgeordnete Klein. Der Antrag Löwe: „Kinder unter zwölf Jahren dürfen gegen Lohn nicht beschäftigt werden“ — wurde mit 18 Stimmen angenommen. Dagegen wurde der weitere Antrag des genannten Abgeordneten, die Kinderarbeit in dem Alter von 12—14 Jahren auf 3 Stunden zu beschränken, mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt. Es folgte nunmehr die Abstimmung über den Antrag Dr. Lieber: „Kinder unter 14 Jahren dürfen in Fabriken nicht beschäftigt werden.“ — Derselbe fand mit 12 gegen 11 Stimmen Annahme. Dafür stimmte das Zentrum (8 Stimmen) geschlossen, die Sozialdemokraten und Löwe und Halben. Nachdem nun noch die Resolution Hartmann: „Den Reichstagsler zu ersuchen, thunlichst bald dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Beschäftigung von Kindern im Gewerbe außerhalb der Fabriken unter der nöthigen Rücksichtnahme auf die körperliche, sittliche und intellektuelle Entwicklung der Kinder geregelt wird“ — angenommen war, ward die Abstimmung beendet. Das positive Ergebniß derselben ist also die Ausdehnung des Verbots der Kinderarbeit unter 12 Jahren auch auf die Hausindustrie und das Gewerbe und das Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren in Fabriken. Nach den Feststellungen der Fabrikinspektoren waren im Jahre 1884 in den Fabriken ca. 19—20 000 Kinder zwischen 12—14 Jahren beschäftigt, wobei für Sachsen eine steigende Tendenz in der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder sich bemerkbar machte, während im übrigen Deutschland die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder in der Abnahme begriffen ist. Diese circa 20 000 Kinder würden also die Fabrik verlassen müssen, wenn der Reichstagsbeschluss Gesetz würde. Freilich sind daran noch gerechte Zweifel erlaubt, denn nach der Haltung der Regierungskommission scheint im Bundesrat eine große Lust vorzuherrschen, in puncto Arbeiterschutzes irgend etwas Nennenswerthes zu thun. Aber auch für das Plenum ist der Beschluß der Kommission noch nicht maßgebend. Bescheidener Weise haben die deutschkonservativen Kommissionsmitglieder geschlossen gegen den Antrag Lieber ge stimmt und doch hängen gerade diese Herren, zu denen Stöcker und Wolp's Wagner gehören, vor den Arbeitern so gerne das Wort der Arbeitsfreundschaft um. Auf alle Fälle wird die Frage der Einschränkung der Kinderarbeit im Plenum noch in heftigen Kämpfen führen und bleibt im Interesse der heranwachsenden Jugend nur zu wünschen, daß dieselben im Sinne der Humanität und der Vaterlandsliebe entschieden werden.

* Große öffentliche Versammlung der Steinträger Berlins und Umgegend Sonntag, den 28. Februar, Vormittags 10 1/2 Uhr, in Böhm's Brauerei, Saarbrückerstraße 1/2. Tagesordnung: 1. Zweck und Ziele der Fachvereine. Referent: Herr Christensen. Vorlegung des neu ausgearbeiteten Lohn-Tarifes. 3. Verschiedenes.

* Große Volks-Versammlung für Männer und Frauen. Montag, den 1. März, Abends 8 Uhr, in der Urania, Brangelstraße 9/10. Tagesordnung: Welche Vorteile bietet den Arbeitern Berlins der neugegründete Sanitätsverein für Arbeiter beiderlei Geschlechts. Referent: Herr Reichstagsabgeordneter Heine. Mehrere andere Reichstagsabgeordnete haben ihr Erscheinen gleichfalls zugesagt. Frauen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (E. G. 29 Hamburg) Filiale II. Dienstag, den 2. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Konzerthaus Sanssouci (oberer Saal), Rottbuserstraße 4a, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Statutenberatung. 2. Kandidaten-Vorschlag zur Generalversammlung.

* Fachverein der Former und verwandten Berufsgenossen. Montag, den 1. März, Abends 8 Uhr, im Salon zum Deutschen Kaiser, Lothringersstraße 37, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Hrn. Dr. Bahn. 2. Diskussion. 3. Wie stellt sich der Verein zur Fremdenliste. 4. Verschiedenes und Fragelasten. Gäste willkommen.

* Verband deutscher Zimmerleute, Lokalverband Berlin, Osten. Versammlung am Dienstag, den 2. März, Abends 8 Uhr, im „Neustädter Volksgarten“, Proslauerstraße 37/38. Diese Versammlungen finden regelmäßig jeden Dienstag nach dem 1. und 15. im Monat statt.

* Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (E. G. 29, Filiale 9.) Versammlung Montag, den 1. März, Abends 8 Uhr, Alt-Moabit 90, bei Dohmat. Tagesordnung: Statutenberatung und Wahl eines Delegierten.

* Verein der Mantelnäherinnen, Montag Abend 8 1/2 Uhr im „Königsbad-Kasino“, Alexanderstraße 21, Mitglieder-Versammlung. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

* Fachverein der Lugs-Papier-Präger und Papier-Schläger. Mitglieder-Versammlung am Montag, den 1. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei Seefeld, Grenadierstraße 33. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen. Mitglieder werden aufgenommen.

* Männergesangsverein „Schneeglöckchen“ jeden Montag Abend im Restaurant Raunynstraße 78.

Verein zur Wahrung der Interessen der Klavierarbeiter Berlins. Der diesjährige Masendball findet am Sonnabend, den 6. März, in den elektrisch erleuchteten Räumen der „Bilharmonie“, Bernburgerstraße 22a und 23, statt. Billets sind bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern à Person 60 Pf. zu haben.

* Fachverein der Drechsler, Knopfabriker und verwandten Berufsgenossen. Diejenigen Mitglieder, welche noch im Besitze von Billets zum 13. Februar sind, werden dringend aufgefordert, dieselben am Sonntag, den 28. Februar, Nachmittags von 3 Uhr ab, im Lokale des Herrn Foge, Köpnickstraße 191, abzuliefern, da die Abrechnung bereits in der Versammlung, welche am Dienstag, den 2. März, bei Saeger, Grüner Weg 29, stattfindet, gegeben werden soll. Die Mitglieder werden ersucht, bei der Abrechnung recht zahlreich zu erscheinen, da die Gelegenheit zu einem gemütlichen Beisammensein benutzt werden soll. (Siehe Annonce in heutiger Nummer.)

Kleine Mittheilungen.

Der Anzeiger des deutschen christlichen Vereins junger Männer zu London schreibt in seiner Nr. 6 vom Februar d. J.: „Warnung. Die Weihnachtsfeier mit den stellten Deutschen hat uns wieder gelehrt, wie nöthig es ist, junge Deutsche zu warnen, ohne feste Aussicht nach England zu kommen. Unter diesen Stellenlosen befanden sich Leute mit glänzenden Zeugnissen, Kenntnissen und Erfahrungen, die doch hier zu keiner Stelle kommen konnten, trotz aller eigenen Bemühungen und derer des Vereins. Es sollte in Deutschland weit und breit bekannt gemacht werden, daß die Stellen hier

entfesslich traurig sind, und daß wir Kaufleuten, Handwerkern und selbst Handarbeitern dringend raten, sich nicht verlocken zu lassen, aufs Gerathewohl nach England zu kommen. — Auch von anderer Seite werden warnende Stimmen laut, die sich gegen eine Auswanderung nach England aussprechen.

Warnung. Der Reichstanzler erläßt folgende Bekanntmachung: „Mit Bezugnahme auf die Vorschriften, welche von den Regierungen der Bundesstaaten wegen der gesundheitlichen Kontrolle der einen deutschen Hafen anlaufenden Schiffe erlassen sind, wird hierdurch bekannt gemacht, daß der Hafenplatz Rio de Janeiro, als eines, nicht bloß auf sporadische Fälle sich beschränkenden, Ausbruchs des gelben Fiebers verdächtig angesehen ist.“

In Kiel dauert die Untersuchung gegen den verhafteten Redakteur Prohl, vom konservativen „Kieler Tagebl.“ fort. Vorgesetzt wurde nun auch die Frau des Verlegers Bödel, Chefredakteurs des konservativen „Kieler Tagebl.“, wegen Einverständnisses mit Prohl verhaftet. Bödel selbst hatte vor einigen Tagen noch eine Erklärung erlassen, wonach er (unter Hinweis auf die Stellung Prohl's in den Kreisvereinen) an dessen Schuld nicht recht glaube.

London, 25. Februar. Von einer „ministeriellen Schwierigkeit“, welcher trotz ihres heftigen Anstrichs der ernste Hintergrund nicht fehlt, weiß die „Daily News“ zu berichten: Ein Mitglied der neuen Regierung weigert sich, die Minister-Uniform anzulegen, die allem Verkommen gemäß von den Ministern bei Gelegenheiten getragen wird. Dasselbe soll, dem genannten Blatte zu Folge, erklärt haben, daß es noch niemals einen Frack besessen habe und nicht vorbereitet sei, plötzlich in Hofuniform zu erscheinen. Ein gleicher Fall ist bereits früher vorgekommen; auch John Bright hat sich seiner Zeit beharrlich geweigert, eine mit goldenen Tressen besetzte Uniform anzuziehen, und man gab sich schließlich bei Hofe zufrieden. „Daily News“ meint, auch der jetzige Anspruch des neuen Ministers werde anerkannt werden. Den Namen des Ministers fährt man nicht, doch kann man, falls es sich um ein Kabinettsmitglied handeln sollte, sogleich nur auf Robert den Obersekretär von Irland, raten.

Theater.

Sonntag, den 28. Februar.

Opernhaus. Die Meisterfänger von Nürnberg. Gr. Oper in 3 Akten von Rich. Wagner. — Montag: Orpheus und Eurydice, Oper in 3 Akten von Moline.

Schauspielhaus. Rosenmüller und Fint. Originalspiel in 5 Akten von Dr. Carl Löffler. — Montag: Ariel Kosta, Trauerspiel in 5 Akten von Carl Gustow.

Deutsches Theater. Der Königsleutnant. — Montag: Don Carlos.

Wagner-Theater. Alfred's Briefe. — Montag: Dieselbe Vorstellung.

Reichstheater. Zum 1. Male wiederholt: Herr Godin und seine Töchter. Vorher, zum 1. Male: Der glühende Funke. — Montag: Dieselbe Vorstellung.

Belle-Alliance-Theater. Pariser Leben. Romantische Operette in 4 Akten von Reilhac und Galey. — Montag: Dieselbe Vorstellung.

Wiedrich - Wilhelmstädtsches Theater. Der Hugenottenbaron, von Joh. Strauß. — Montag: Dieselbe Vorstellung.

Walhalla-Theater. Das lachende Berlin. Weiteres aus der Berliner Theatergeschichte mit Gesang und Tanz in einem Vorspiel und 3 Akten von Falson und Wilsen. — Montag: Dieselbe Vorstellung.

Sonnenstädtisches Theater. Abracadabra. — Montag: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater. Der Stab. Trompeter. — Montag: Dieselbe Vorstellung.

Mittoria-Theater. Däumling. — Montag: Dieselbe Vorstellung.

Wend-Theater. Der Graf von Monte Christo. Schauspiel in 3 Abtheilungen nach Alex. Dumas von Dr. Carl Schmidt. — Montag: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Ballntheaterstraße 15. [620] Heute: Zum 2. Male:

Das Haideprinzchen.

Vollständiges in 4 Akten von Ad. Dopenheim. Neu bearbeitet von Hugo Busse.

Vor der Vorstellung:

Gr. Konzert der Hauskapelle.

Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr, der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Wochentags haben Wochentags Giltigkeit und sind im Theaterbureau (12—1 Uhr) gratis zu haben. Montag: Dieselbe Vorstellung.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg. bis 10 U. Ab. [640]

Kaiser-Vorstellung.

Nur diese Woche: Türkei, Griechenland, Suezkanal. 1. Zyklus: Schweiz, St. Gotthardbahn. 2. Zyklus: Reise. eine Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf.

Möbel-, Sopha- u. Matratzen-Fabrik

A. Schulz, Wassertorstr. 34 (auch Theilzahlung). **Beste Waare garantiert.** [785]

H. Liewald's Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal, Frankfurter Allee 143, empfiehlt sich allen Freunden und Bekannten zur geeigneten Beachtung! [642]

Möbel-, Spiegel- und Polsterwaaren

eigener Fabrik von eigener Fabrik

C. Hertel, Tischlermeister, Linien-Strasse Nr. 130, dicht an der Friedrichstraße, empfiehlt sein Lager aller Arten Möbel und Polsterwaaren zu streng soliden Preisen. [814]

Theilzahlungen gestattet.

Masken - Garderobe

F. Stenzel,

Nr. 21, Dresdener-Strasse Nr. 21. Elegante Kostüme zu den solidsten Preisen. Vereine Ermäßigung. [47]

Prinzenstr. 53.  Winter-Paletots!! Herren- und Knabenanzüge sowie Damenkleider u. Mäntel im Tuchgeschäft Prinzenstr. 53, gegenüber d. Turmhöhe. Theilzahlungen gestattet! Prinzenstr. 53. [57]

Elegante Masken-Garderobe Fr. Panknin, Oranienstr. 178, v. U. Ecke Adalbertstr. [478]

Achtung! H. F. Dinstage, Rottbuserstraße 4, Hof part. Rein Laden, nur eigene Fabrikation. 25 Bigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanischer Tabak. Rippentabak 2 Bfd. 70 Pf. [548]

Neu Admiralsstr. 38 G. Sottko. Neu Admiralsstr. 38 Kräftige Bouillon von 10 Uhr ab a 15 Pf. Mittagslich (Hausmannskost) a 50 Pf. mit Bier. Abendlich nach Belieben. Billig und kräftig. [347]

Elegante Masken-Garderobe C. Tietz, Dresdenerstraße 37. Geschmackvolle Kostüme von 1 bis 30 Mark. Vereine besondere Begünstigungen.

 Wo speisen Sie? In der alten Pommer'schen Küche b. Klein, jetzt Oranienstr. 181, Hof v. Gedig. Mittagstisch m. Bier 50 Pf. Abendlich in gr. Auswahl v. 30 Pf. an. Angenehmer Aufenthalt mit Villa r. d.

Die Zeitungs Expedition

von J. B. Schmidt Nachf., O., Jandrasstr. 78, empfiehlt sich zur pünktlichen Besorgung sämtlicher Zeitungen, Zeitschriften und Journale, insbesondere des „Berliner Volksblatt“. [813]

Reine Destillation, Bier, Frühst. und Billardstube, sowie Bagener u. helles Lagerbier a Glas 10 Pf. empfehle bestens [382] A. Barthel, Rottbuser Damm 58 (Herrmann-Platz 4).

Wir haben eine ganze Menge Leinen- und Baumwoll-Waaren zu außer-gewöhnlich billigen Preisen angekauft und offeriren demzufolge solche jetzt

sehr viel billiger

- Hemdentuche in guter Qual., ohne jede Appretur, 1/4 breit Mtr. 30—40 Pf.
- Rantorec eine feinsäbige Waare, hübsch dicht gewebt, 1/4 breit Mtr. 40—45 Pf.
- Cretonne fort fein u. runderf., sow. i. d. Haltbar. als auch in d. Wäsche ganz vorz. Mtr. 50 Pf.
- Shirting in allen Qualitäten, aber auch schon sehr gut für Mtr. 25 u. 30 Pf.
- Chiffons ebenfalls in allen Qualitäten, aber auch schon sehr gut für Mtr. 30 u. 35 Pf.
- Gutes Hausmacherleinen jetzt Mtr. 40 u. 45 Pf.
- Gutes breit. Hausmacherleinen für Damen Mt. 1 Mk.
- Gute Küchen-Handtücher in grau und weiß, 1/2 Dyd. Packung 2 Mk.
- Gute Stuben-Handtücher in 1/2, Dyd. 2 1/2, 3, 3 1/2 Mk. Packung
- Gutes gut. Bettzeug Neueste Berl. Muster, 1/4 br. Mtr. 35 u. 40 Pf.
- Rosa und gestreifte Julets Mtr. 50 u. 60 Pf.
- Drilliche, ganze Bettbreite Mtr. 75 Pf.
- Tischgedecke mit 12 Servietten, mit 6 Servietten 4 1/2 Mk.
- Ginzelne Tischtücher für 1 Mk.
- Ginzelne Servietten für 30 Pf.
- Leinene Taschentücher 1/2 Dyd. Packung 1, 25, 1, 50, 1, 75, 2 Mk.
- Möbel-Cattune, vollständig waschecht, Mtr. 30 u. 40 Pf.
- Teppiche in allen Qualitäten und größere 4, 5, 6, 10 Mk.
- Waschichte Hauskleiderstoffe Mtr. 30 u. 40 Pf.
- Wollene Kleiderstoffe in sehr gr. Auswahl, Mtr. 35 u. 45 Pf.
- Schwarze rein wollene Cademirs sehr velle Qualitäten Mtr. 1, 1, 25, 1, 50, 1, 80, 2 Mk.
- Regen-Mäntel in sehr großer Auswahl, 10, 12, 15, 18 Mk.

Jeden Montag Vormittag Ausverkauf von Resten und einzelnen Roben.

Sielmann & Rosenberg,

Berlin, Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.

Die von Mitgliedern des Fachvereins der Schneider gegründete Produktiv-u. Rohstoffgenossenschaft der Schneider zu Berlin (E. G.)

No. 30. Zimmer-Strasse No. 30.

empfehlen ihr Lager fertiger Herren-Garderobe, sowie ihr reichhaltiges Lager in- und ausländischer Stoffe, ebenfalls Futter, Vorste und Knöpfe.

Herren-Garderoben

jeder Art werden nach Maß angefertigt. Beste Arbeit. — Dauerhafte Stoffe. — Beste Preise. Der Vorstand und Verwaltungsrath.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

56. Sitzung vom 27. Februar, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: von Schelling, von Rauner, Seerwart und Kommissarien.

Eingegangen ist der Nachtragsetat für 1886/87 und ein Besetzungswurf, betreffend die Ausprägung von Zwanzigpfennig-Münzen in A. d. L.

Die zweite Beratung des von Reichensperger eingebrachten Besetzungswurf, betreffend die Einführung der Berufung gegen Urtheile der Strafkammern, wird fortgesetzt.

Bevollmächtigter für Sachsen-Weimar Staatsrath Doktor Seerwart: Den gestrigen Darlegungen der Gründe, aus welchen die Mehrheit des Bundesrats sich gegen die Einführung der Berufung ablehnend verhalten hat, kann ich meinerseits nur vollständig beipflichten. Auch im Gebiet der richterlichen Rechtsgemeinschaft ist ein Bedürfnis, gegen die Urtheile der Strafkammern das Rechtsmittel der Berufung zu schaffen, niemals heranzutreten. Sowohl die Kollegialgerichte, als die Staatsanwaltschaften haben sich übereinstimmend dahin geäußert, daß die vorhandenen Garantien, insbesondere die Besetzung der Strafkammern mit fünf Richtern, die Vorschriften im § 261 und 268 der Strafprozessordnung und die leichte Wiederaufnahme des Verfahrens vollständig ausreichen. Dazu kommt, daß die Zeit, welche seit der Organisation von 1879 abgelaufen ist, doch in der That zu kurz ist, um diese Frage zu einem Abschluß zu bringen und die getroffenen Einrichtungen schon jetzt wieder in Frage zu stellen. Für die von mir vertretenen Regierungen war aber noch der Gesichtspunkt vorzuziehen, daß die Frage der Einführung der Berufung in das System der Rechtsmittel nicht isoliert erfolgen kann, sondern nur im Zusammenhang mit einer allgemeinen Revision des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung. In dieser Auffassung, daß nur eine organische Revision der Rechtsmittel am Platze ist, können sie durch die Vorschläge der Kommission nur bestätigt werden. Denn diese wollen offenbar in das bestehende System die Berufung nur äußerlich anheften; sie schaffen mehr einen Nothbehelf als eine mit dem erforderlichen Ansehen ausgestattete Berufungsinstanz. Ich kann daher nur empfehlen, die Frage der Wiedereinführung der Berufung nicht, wie hier geschieht, für sich allein, sondern in organischer Weise bei einer später doch eintretenden allgemeinen Revision des Gerichtsverfassungsgesetzes zur Lösung zu bringen.

Abg. Reichensperger spricht sein Bedauern aus, daß die Mehrheit des Bundesrats die Berufung nicht wollte. Auch in den süddeutschen Staaten, deren Vertreter sich hier so lebhaft gegen die Berufung erklärt haben, mache sich in der öffentlichen Meinung ein bidenkliches Mißtrauen gegen die bestehende Strafrechtspflege und eine überwiegende Strömung zu Gunsten der Berufung bemerklich. Der Abg. Marquardsen habe früher in Bayern genau den entgegengesetzten Standpunkt wie heute eingenommen. Man möge doch auch nicht in doktrinärem Maße allzuviel Werth auf die strikte Durchführung der Prinzipien der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit legen; in den Zivil- und in den Strafprozessen vor den Schöffengerichten, wo es eine Berufung gebe, habe man jene Prinzipien auch nicht absolut festgehalten, sondern den Bedürfnissen des praktischen Lebens mit gutem Erfolg Rechnung getragen. Er hoffe, daß der Reichstag den Vorschlägen der Kommission zustimmen und sich dann auch die Majorität des Bundesrats durch das Votum des Reichstags etwas mehr als sonst imponiren lassen wird, weil hinter dem Reichstagsbeschlusse diesmal die preussische Regierung steht. Wenn auch der Kommissionsbeschlusse vielleicht noch nichts Vollkommenes biete, so möge man ihn doch schon aus der Erwägung nicht verwerfen, daß das unerreichbare Bessere der Feind des Guten sei.

Bevollmächtigter für Baden, Febr. von Marschall: Auch die badische Regierung ist eine Gegnerin der Berufung, nimmt durchaus dieselbe Stellung ein, wie die bayrische und württembergische, hat im vorigen Jahre im Bundesrat so votirt und inzwischen keinen Anlaß gefunden, diese Stellung wieder aufzugeben. Die Verhältnisse in Baden liegen wie in Württemberg, nur daß in Baden die jetzt so heftig angegriffene Einrichtung schon einige Jahre länger besteht als dort. Die Gerichtsverfassungsgesetze haben in dieser Beziehung bei uns nicht

etwas Neues geschaffen, sondern nur einen bereits seit 15 Jahren bestehenden Zustand aufrecht erhalten. Bereits die badische Strafprozess-Ordnung vom 1. Oktober 1864 kannte keine Berufung gegen Strafkammerurtheile, sondern lediglich eine Nichtigkeitsbeschwerde an den obersten Gerichtshof, und ich kann auch nach meiner eigenen Erfahrung bestätigen, daß diese Einrichtung in 22 Jahren nirgends erheblichere Mißstände hervorgerufen, und daß es bis vor ganz kurzer Zeit in Baden überhaupt eine Berufungsfrage gar nicht gegeben hat. Bis vor etwa 2 Jahren die Agitation zu ihren Gunsten im Reichstag hervortrat, ist sie weder in der badischen Presse noch in der badischen Kammer überhaupt Gegenstand der Diskussion gewesen. Der Herr Vorredner hat nicht übel Lust gezeigt, den Gegnern der Berufung Doktrinarismus vorzuwerfen und sich und die Anhänger der Berufung als Männer zu bezeichnen, die ihre Argumente aus dem vollen Leben der Praxis schöpfen; in Baden liegt die Sache genau umgekehrt, dort ist die Praxis gegen die Berufung und die vorwiegend doktrinätre Anschauung verlangt. Der Vorredner wirft wiederholt seinen Gegnern doktrinätre Schablone und Anschauung vor, über die Gutachten der Gerichtshöfe und Staatsanwaltschaften, die doch am ehesten in der Lage sind, aus der praktischen Erfahrung sich ein Urtheil zu bilden, geht er leicht hinweg. Nachdem die Gerichtshöfe in Baden sich einstimmig gegen die Wiedereinführung der Berufung ausgesprochen haben, darf ich Sie namens der badischen Regierung bitten, die Kommissionsbeschlüsse nicht anzunehmen.

Abg. Hartmann: Ein Theil der Konserwatoren ist für die Berufung, ein anderer, zu dem auch ich gehöre, meint zwar ebenfalls, daß in unserer Strafrechtspflege nicht Alles so ist, wie es sein könnte und sollte, hält aber die Berufung nicht für das richtige Mittel zur Abhilfe und sucht die Besserung in der Vermehrung und Verstärkung der Garantien für eine richtige Urtheilfindung in erster Instanz. Der Redner, dem die Berufung mit dem mündlichen Verfahren und der freien Beweiswürdigung unvereinbar erscheint, beruft sich auf die guten Erfahrungen, die man in Sachen mit der früheren Strafprozessordnung gemacht, welche vierzehn Jahre hindurch in Geltung war, und ebenfalls eine Berufung nicht kannte. Insbesondere könnten die einzelnen Landesjustizverwaltungen viel thun, um eine gute Rechtsprechung in erster Instanz zu garantiren und in die ganze Strafrechtspflege wieder den richtigen Geist hineinzubringen. Für eine generelle Revision der Gerichtsverfassungsgesetze sei der Zeitpunkt noch nicht gekommen; später werde man vielleicht eine solche Revision mit Erfolg vornehmen können. Die Berufung sei auch namentlich deshalb bedenklich, weil sie leicht zu ungerechten Freisprechungen führen könne, die ebenso schlimm seien, wie ungerechte Verurtheilungen.

Abg. Traeger bedauert, daß immer, wenn es sich um juristische Fragen handle, auch wenn sie wie die heutige, von allgemeiner und tiefgehender Bedeutung sei, alle Nichtjuristen sich, wenn nicht verpflichtet, so doch veranlaßt fühlten, den Sitzungen fern zu bleiben und dann das Besegemachen den Juristen allein zu überlassen, die sich doch durchaus nicht immer als die besten Besegeger bewährt haben. (Sehr richtig!) Der Redner empfiehlt seinen und Mundels Antrag, monach die Berufung gegen die Urtheile der Strafkammern nicht, wie Reichensperger und die Kommission es wollen, vor besonderen Berufungskammern der Landgerichte, sondern vor den Oberlandesgerichten verhandelt werden soll. Daß der gegenwärtige Zustand auf die Dauer unhaltbar sei, folge schon aus der großen Rechtsunsicherheit, die beim Mangel der Berufung gegen die Strafkammerurtheile die Vorschriften des § 75 des Gerichtsverfassungsgesetzes zur Folge habe. Dieser gebe nämlich den Strafkammern der Landgerichte die Befugniß, sehr zahlreiche und besonders häufig in praktischen Leben vorkommende Kategorien von Straffällen nach Belieben entweder selbst zu entscheiden, oder sie den Schöffengerichten, zu deren Kompetenz diese Fälle an und für sich nicht gehören, zu überweisen. Von dieser Befugniß werde auch sehr häufig Gebrauch gemacht; und da trete denn der Fall ein, daß in ganz analog liegenden Straffachen das eine Mal, wenn die Ueberweisung an das Schöffengericht erfolgt, der Angeklagte noch das Rechtsmittel der Berufung hat, das andere Mal, wenn die Strafkammer selbst das Erkenntniß fällt, dem Angeklagten kein Rechtsmittel mehr zusteht. Diese grobe Ungleichmäßigkeit, die besonders geeignet sei, das Vertrauen in die Strafrechts-

pflege zu erschüttern, mache allein schon die Einführung der Berufung gegen die Strafkammerurtheile nothwendig. Daß auch die Garantien für eine gute Urtheilfindung in der ersten Instanz vermehrt werden müssen, gebe er dem Abg. Hartmann zu. Die Berufung gegen Urtheile von Landgerichten wieder vor den Landgerichten verhandeln zu lassen, wie Reichensperger wolle, empfehle sich deshalb nicht, weil die Kollegialität der Richter an den Landgerichten darunter erheblich leiden werde, und weil das Publikum es nicht werde verstehen können, daß ein und dasselbe Gericht in zwei Instanzen entscheide. Deshalb habe er als zweite Instanz für die Strafsachen der Landgerichte die Oberlandesgerichte vorgeschlagen, an denen sich die tüchtigsten richterlichen Kräfte befänden. Finanzielle Bedenken dürften dabei nicht in Betracht kommen, wo es sich darum handelt, Deutschland den Charakter eines Rechtsstaats zu wahren. Uebrigens habe sich in der Kommission auch der Vertreter der preussischen Regierung wesentlich in demselben Sinne geäußert.

Staatssekretär v. Schelling stellt die letzte Bemerkung des Vorredners dahin richtig, daß keiner der Vertreter der preussischen Regierung namens derselben in der Kommission Stellung genommen habe. Im Bundesrat habe Preußen sich für die Bildung der Berufungskammer bei den Landgerichten erklärt.

Abg. v. Buol stimmt im Wesentlichen mit Hartmann überein, steht aber der Berufung noch etwas freundlicher gegenüber, als dieser.

Abg. Paffertott bekräftigt sein Amendement, daß Zivil-, Straf- und Strafberufungskammern in der Besetzung von nur drei Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden entscheiden sollen.

Abg. Beiel (nat.-lib.) hält die Berufung gegen die Urtheile der Strafkammern für bedenklich, und beirreitet jedes Bedürfnis zu einer Aenderung der Reichs-Justizgesetze in dieser Richtung.

Abg. Rintelen spricht sich übereinstimmend mit Reichensperger aus.

Um 4 1/2 Uhr wird die Verhandlung wiederum abgebrochen.

Nächste Sitzung Mittwoch, 2 Uhr. (Vorlagen, betreffend die Zellulosefabriken, Nachtragsetat, Ausprägung von 20-Pfennigstücken, Wahlprüfungen. Der Präsident beabsichtigt, die erste Lesung der Branntweinmonopol-Vorlage auf die T. D. am Donnerstag zu setzen.)

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom 27. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Raybach und Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht: erste Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahngesetzes und die Theilnahme des Staates bei mehreren Privat-Eisenbahn-Unternehmungen.

Zum Worte melden sich 29 Redner, 17 gegen, 12 für die Vorlage.

Abg. Jacobs (Landesberg) bittet, in die nächsten Sekundärbahnstrecken eine Linie Meseritz-Schwerin-Landesberg aufzunehmen.

Abg. Lehmann steht der Vorlage sympathisch gegenüber, bedauert aber, daß die Rheinprovinz nur mit zwei Bahnen bedacht ist. Vor Allem sollte die Fortsetzung der Eisenbahnlinie von Trier nach Hermeskeil in Erwägung gezogen werden.

Abg. Meyer (Breslau) weist darauf hin, daß zur Begründung der projektirten Bahnlinie Zeutschenthal-Salzmünde auf die Juckerfabrik in Benndorf und die Kalköfen in Görlitz hingewiesen ist. Aber Benndorf, das an dieser Bahnlinie liegt, besitzt keine Juckerfabrik und die Kalköfen in Görlitz brennen nicht mehr. Es wäre überhaupt richtiger, Salzmünde an Halle anzuschließen.

Abg. Ebertz weist darauf hin, daß der Bau einer Eisenbahnlinie Hirschberg-Böhmische Landesgrenze schon vor langer Zeit in Erwägung gezogen sei, ohne daß er bis jetzt zur Ausführung gelangt wäre.

Abg. Ojem ersucht um Fortsetzung der Linie Trier-Hermeskeil und um eine Verbindung der Rhein-Rothbahn mit den pfälzischen Bahnen.

können, heute der Basall einer unzufriedenen, enttäuschten Menge, die jetzt „Kreuzige“ rufen möchte, wo sie früher „Gosiannah“ schrie. Das ist Herr Stöder, der ramponierte Hofprediger. Der Irrthum muß bitter sein für einen autokratischen Mann, wenn er merkt, daß er ein stumpfes Werkzeug in der Hand eines Andern gewesen ist, daß er sich hat brauchen lassen, und daß er achlos bei Seite geworfen wird, sobald er seine Schuldigkeit gethan hat. In die Kumpfkammer, in die Vergessenheit mit ihm, dem einst so Vielgepriesenen; ein Glück für ihn, daß der kalte Wasserstrahl ihn noch während einer milderen Jahreszeit traf, heute wäre Herr Stöder wahrscheinlich zum Eiszapfen erstarrt, und es hätte gewiß recht lange gedauert, bis für ihn die Frühlingssonne mit ihren wärmenden Strahlen erschienen wäre, die ihn aufgehaut hätte. Darauf hätte er warten können, bis sein urgermanischer Körper die Hautfarbe unserer vielgeliebten Landleute aus den Sandlöchern von Kamerun angenommen hätte.

So schwindet der Ruhm der Welt dahin. Herr Stöder scheint aus der Mode gekommen zu sein; der freiste Böbel Berlins hat sicher auch seine Launen. Der Geschmack scheint in dieser Beziehung zu wechseln wie die Haartrachten der Gefolgschaft des Herrn Hofpredigers: heute bis ins Genick geschneitelt, morgen geniale Künstlerlocken. Heute Stöder, morgen Pidenbach — was übermorgen sein wird, kann man heute natürlich noch nicht wissen. Gespannt wird keiner darauf sein, so wenig gespannt, daß die Zeitungen es nicht einmal der Mühe für werth halten, Berichte von den frommen Bierreden des Herrn Stöder zu bringen. Das ist immer das erste Zeichen des Anfangs vom Ende, hoffen wir, daß der Nummernschanz für alle Zeiten vorbei sei. Den Nummernschanz, den Fasching überholt der Frühling, das ist ein ewiges Gesetz der Natur und jedes Kind kennt es; die Reaktion hat ihre Ranevalszeit hinter sich, und hierauf folgt freudige Frühlingsstimmung des Geistes und der Wahrheit. Den altersschwachen, winterlichen Händen einer hinsinkenden Zeit entsinkt das Szepter, — der kraftstrobende, blühende Frühlingsknabe einer neuen Zeit wird es ergreifen und nicht wieder fallen lassen.

Berliner Sonntagsplauderei.

R. C. Das Schellengeläute der Schlitten ist längst verklungen, auf den glattgelegten Straßen, durch welche der schneehende, eisige Wind weht, liegt kein Schnee mehr, aber Winter ist es trotzdem immer noch, bitterer, kalter, grimmiger Winter. Es ist die Jahreszeit der stiegenden Eile, Niemand bleibt länger draußen, als es durchaus nöthig ist, Alles sucht den wärmenden Ofen auf. Aber dennoch bieten heute die Straßen Berlins einen lehrreichen Anblick. Wie vielen Leuten begegnet man nicht, die mit einem dünnen, faden-schneigen Röcklein helleidet, die blaugefrorenen Hände in den Hosentaschen, durch die langen, einfürmigen Straßenlaufen, als ob sie irgend etwas zu versäumen fürchten, — und dennoch, würde man ihnen folgen, so würde man bemerken, daß sie planlos umherirren, daß sie sich nur Bewegung machen, um die erstarrenden Glieder zu erwärmen; die Angst, das lähmende, bedrückende Gefühl der gezwungenen Unthätigkeit treibt sie unaufhaltsam vorwärts — es ist dieselbe unfruchtbare, nervöse Beweglichkeit, welche wir an eingesperrten Raubthieren so häufig beobachten können.

Sowohl, eingesperrt sind sie in der Freiheit, in jener graufamen, mitleidlosen Freiheit, die dem augenblicklich überflüssigen Menschen mit hartem Ansehen die Erlaubniß erteilt, zu verkommen, unterzugehen, zu verenden. Die Reservarmee, jene auf Inaktivität gesetzten Soldaten der Arbeit sind es, die heute in Massen das Pflaster der Reichshauptstadt bevölkern, aber man sieht sie nicht oder man will sie vielleicht nicht sehen. Wer kann es wissen, in welcher Gemüthsverfassung alle diese Leute, die ohne ihr Verschulden unglücklich sind, durch die Straßen irren, wie viele von ihnen mögen Abends nicht wissen, wo sie ihr müdes Haupt niederlegen sollen, wie viele von ihnen mögen mit zusammengebrochenen Gliedern unter irgend einer Brücke, einem Haussturz, auf einem ohne Aufsicht gelassenen Wagen, vielleicht in der Umgegend auf einem Dampfer schlafen, wenn man eine todähnliche Erstarrung überhaupt noch „schlafen“ nennen kann. Mit wie bräunender Sehnsucht mögen sie den nebligen, kalten Morgen

erwarten, der ihnen wenigstens die Wohlthat der freien Bewegung gestattet!

Das ist das Berliner Leben, wie es weint. Wer achtet auf jene unglücklichen Geschöpfe, die uns Abends mit verkrüppelten, unbeweglichen Fingern alle möglichen Gegenstände zum Kauf anbieten? Wenn der wüthende Nordost mit seinen langen, regelmäßigen Stößen, die wie Sensenhebe bis in unser innerstes Mark bringen, um die Winkel und Ecken der Straßen pfeift, dann erreicht den verspäteten Wanderer ziemlich häufig die mit bebender Stimme vorgetragene Bitte: „Kaufen Sie mir doch ein Straußchen Beilchen oder ein paar Apfelsinen ab!“ Ein flüchtiger Blick — man sieht ein blaßes, schlecht genährtes Kind, in ein dürftiges, abgetragenes Tuch gehüllt, die feinen Finger krampfhaft unter der Schürze zusammengeballt, den Kopf am Traghiem um den Nacken — „kaufen Sie mir etwas ab!“ — Es ist ein „Sandal“, brummt der Passant in Betracht des jugendlichen Alters der kleinen Verkäuferin; damit glaubt er dann aber Alles gethan zu haben, was zur Bethätigung seines mitleidigen Herzens gehört. Er eilt vorüber, er denkt nicht daran, etwas zu kaufen, es wäre unerhört, wenn er bei der Kälte den wärmenden Ueberzieher öffnen sollte, um einen armenfälligen Nickel hervorzufischen. Es ist ihm einfach zu kalt. Vielleicht kauft er der Nächste etwas. Inzwischen aber weht ein Wind über die Beilchen, der wilde Wind des Winters, er macht sie erstarren mit seinem brutalen Hauch, und er entführt ihren lieblichen Duft vielleicht zugleich mit den bitteren Thränen des armen Kindes, — Beilchenduft und Rinderritzen, was kümmert es den Wind, was er vor sich hinwegjagt, ihm ist es gleichgültig, ob Straßenstaub ob Rosenblüthen.

Ja, die Kälte tödtet und lähmt Alles. Was noch vor kurzer Zeit unter den erwärmenden, fruchtbringenden Strahlen einer Gnadensonne lustig grünte und blühte und äppig ins Kraut schoß, das liegt heute veroddet wie ein lahles Steinfeld, auf welchem niemals ein lebensfähiger Halm sproßt.

„Ach wie bald schwindet Schönheit und Gestalt —“ noch vor Monaten ein gebietender, allgewaltiger Herr, der da meinte mit einer Handbewegung die Welt reformiren zu

Minister Maybach erwidert, daß auch die Regierung die Ueberzeugung habe, daß für den Ausbau des Secundärbahnnetzes noch viel gethoben müsse. Inzwischen auch das bisher Erreichte ist erfreulich. Seit dem Jahre 1880 sind 6400 Kilometer neuer Bahnen gebaut worden, d. h. so viel als der Umfang des ganzen Eisenbahnnetzes des Königreichs Bayern beträgt. Die Regierung wird darauf bedacht sein, in den Provinzen Ost- und Westpreußen, in der Rheinprovinz und Schlesien den laut gewordenen Wünschen Rechnung zu tragen. Daß Herr Abg. Meyer für den Anschluß der Salmünder Bahn an Halle eintritt, erklärt sich wohl daraus, daß er Reichstagsabgeordneter für Halle ist. Es kann in diesem Augenblicke nicht schon über alle neugeforderten Projekte Auskunft erteilt werden; aber die vorgetragenen Wünsche sollen registriert und einer eingehenden Prüfung unterzogen werden.

Abg. zur Redden tritt für die Herstellung einer Verbindung zwischen der Ober-Westerrhein-Bahn und der Deutz-Giesener-Bahn ein.

Abg. v. Bismarck (Platom) befürwortet den Bau einer Bahn von Kassel nach Deutsch-Krone.

Abg. Graf (Eberfeld) wünscht, daß die in Aussicht genommene Linie Eberfeld-Kronenberg-Habenerberg berührt. Er bittet, die Vorlage an die Budgetkommission zu verweisen.

Abg. Brockmann bittet um die Ausarbeitung eines Bahnprojekts, welches die Kreise Bräm, Daun und Wittburg erschließt.

Abg. Wehr bedauert auf das Tiefste, daß auch in dieser Vorlage der Osten nicht so berücksichtigt ist, wie derselbe es verdient. Sie mögen Kolonisation treiben, so viel Sie wollen, Ihre Industrie kann nicht blühen, so lange Sie das Hinterland im Osten vernachlässigen.

Abg. Willmann tritt für den Ausbau des Zentral-Personenbahnhofs in Danabrad ein.

Abg. Schmidt (Stettin) weist darauf hin, daß gegen einen Notstand der Landwirtschaft in den östlichen Provinzen die Ermäßigung der Zinsen für die von den Landschaftsbanken gewährten Darlehen spreche.

Abg. Seyfarth (Rotenburg) wünscht bei dem weiteren Ausbau des Secundärbahnnetzes eine größere Berücksichtigung der nothleidenden Landwirtschaft im Rhodengebirge.

Minister Maybach erklärt, daß seit der Verstaatlichung der Eisenbahnen Westen und Osten der Monarchie mit gleicher Güte gemessen werde.

Abg. Rumpff dankt dem Minister für die Bewilligung der Linien Eberfeld-Kronenberg und Wülfrath-Berpel.

Abg. Berger erklärt, niemals einen schärferen Angriff auf den Eisenbahnminister und unqualifizierbare Beschuldigungen gegen den Westen gehört zu haben, als heute von Herrn Wehr. Er weiß nichts von einem Gefühl des Neides auf den Osten, auch davon nicht, daß die Vortheile der Verstaatlichung der Bahnen dem Westen zugefallen wären.

Abg. Steinmann legt im Interesse seines Wahlkreises Gewicht auf den Bau einer Linie Stallupönen-Tilsit.

Abg. Meyer (Breslau): Ich weiß nicht, wie der Herr Minister meine Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter für Halle in Verbindung setzen konnte mit der Kritik, die ich an der Realisation des Bahnprojekts Salmünde-Teutschenthal ausgeübt. Ihm ist diese Kritik scheinbar unangenehm gewesen, wie ich meine Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter für Halle sehr angenehm. (Heiterkeit.)

Abg. Bork wünscht, daß beim Bau der Linie Sarnau-Frankenberg die Einbeziehung des Verkehrs des Ederthals berücksichtigt werde.

Abg. Popellus hält den Anschluß der Rhein-Nahe-Bahn an die rheinpfälzischen Bahnen für wünschenswert.

Abg. Wehr beruft sich auf das Zeugnis des Abg. Hänel, der gleichfalls vor wenigen Tagen erst noch über die Vernachlässigung des Ostens geklagt habe.

Abg. Vlieg wünscht von Seite der Regierung darüber eine beruhigende Auskunft, daß auch nach Fertigstellung des zweiten Geleises auf der Linie Deutz-Kall die Linie Deutz-Woppert nicht eingehen solle.

Abg. v. Schorlemer-Mit weist gegenüber dem Abg. Wehr nach, daß stets im Hause den Bedürfnissen und Wünschen des Ostens die größte Rücksicht erwiesen sei. Er möge nur an die Kanalvorlage denken. Die Auffassung desselben von den Getreidehändlern sei eine kleinliche. Die Freunde der Schutzpolitik haben sich nur gefragt: was ist ein Interesse des Vaterlandes?

Abg. v. Bette ersucht um Fortsetzung der Bahn Roggen-Inowrazlaw über Gvarnau.

Abg. Hussen weist nach, daß der Anschluß der Salmünder Bahn an Halle ansieht an Teutschenthal die Ausführung des Projekts um das Sechsfache vertheuert werde.

Abg. Mooren tritt für neue Bahnbauten in dem Eifelgebiet und für den Ausbau einer Bahn Biersen-Straelen ein.

Abg. v. Rauchhaupt muß gegen die Vorwürfe des Abg. Wehr entschieden Widerspruch erheben. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen ist gemacht, um die Differentialtarife zu beseitigen, und nun kommen die Interessenten und wollen sie wieder einführen. Das sind Sonderbestrebungen, die keine Berücksichtigung verdienen.

Abg. v. Fürth weist auf die Nothlage der Eifelgegenden hin, die wüßten nur durch die Förderung des Eisenbahnbaues zu belämpfen ist.

Abg. Wehr: Herr v. Schorlemer hat meine Rede nicht gehört, und doch polemisiert er gegen dieselbe. Das ist eine ritterliche Kampfweise, die haarsträubend vorheißt an der Klopffeder. In Betreff der Differentialtarife bin ich mit Herrn v. Rauchhaupt einverstanden. Nun fährt aber der Herr Minister selbst auf weite Strecken Ausnahmetarife ein, um der Schiffsahrt wirksame Konkurrenz zu machen.

Abg. v. Strombeck ersucht die Kommission, auf die Prüfung der Beitragspflicht der Gemeinden zu den Grundeinwerbungsstellen Sorgfalt zu verwenden.

Abg. v. Rauchhaupt erwidert, daß er sich lediglich gegen das Streben des Ostens gewendet habe, Ausnahmetarife für ihre Getreidetransporte nach dem Westen zu gewinnen. Diesem Bemühen hat das Staatseisenbahnsystem einen Riegel vorgelegt.

Nachdem noch der Abgeordnete Sander sich für die Vorlage ausgesprochen, wird dieselbe an die Budgetkommission verwiesen.

Schluss 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Ältere Vorlagen.)

Herrenhaus.

6. Sitzung vom 27. Februar, 12 Uhr.

Am Regierungstische: v. Büttner, v. Gofler, Dr. Friedberg, v. Boettcher und Kommissarien. Nachdem Herr v. Tschernowitski auf die Verfassung verweist, genehmigt das Haus in einmaliger Schlussberatung den B. C., betreffend die Aufhebung des Amtsgerichts zu Neustadt-Ragdeburg.

Es folgt die Beratung des Antrags Dr. Dernburg und Genossen, betreffend die Polenfrage.

Der Herr Redner lautet: „In Erwägung, daß es dem preussischen Staate verfassungsmäßig obliegt, das Zurückdrängen des deutschen Elements durch das polnische in einigen östlichen Provinzen der Monarchie zu verhindern, und daß die Landesvertretung das Recht und die Pflicht hat, mit der königlichen Staatsregierung bei Verfolgung dieses Zieles nachhaltig zusammenzuwirken, zu erklären: daß das Herrenhaus die königliche Staatsregierung dauernd bei ihrer Aufgabe, den Bestand und die Entwicklung der deutschen Bevölkerung in jenen Provinzen sicher zu stellen, unterstützen wird.“ Der Berichterstatter

Graf Udo zu Stolberg-Bernigerode beantragt: dem vorliegenden Antrage unverändert die Zustimmung zu erteilen.

Dagegen beantragen Fürst Ferdinand v. Radziwill, v. Kocielecki, Graf Kowalecki, Graf Michalski, v. Sastki, Graf Storzewski, v. Koltowski: in Erwägung, daß der Antrag Dernburg und Genossen danach angehen ist, Mißbilligkeit und Zwiespalt unter den in den östlichen Provinzen der Monarchie zusammenlebenden Staatsangehörigen hervorzurufen, daß ferner der Antrag der Pflicht des Staates, alle Unterthanen ohne Unterschied der religiösen und sprachlichen Verschiedenheit in ihrer geistigen und materiellen Wohlfahrt gleichmäßig zu schützen, zuwiderläuft, über den Antrag Dernburg und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

Berichterstatter Graf Udo Stolberg-Bernigerode: Ich fasse den vorliegenden Antrag auf als einen Protest gegen einen Beschluß des Reichstags und ein Vertrauensvotum für die preussische Regierung. Es ist eine alte und gute Sitte, die Beschlüsse einer anderen parlamentarischen Körperschaft nicht direkt einer Kritik zu unterziehen; aber diese Rücksichtnahme hat ihre Grenzen. Wo es sich um vitale Interessen handelt, hört die Höflichkeit aus, und an ihre Stelle tritt der gesunde Selbsthaltungstrieb und der berechtigende Egoismus eines großen Staatswesens. In unserem Antrage liegt in keiner Weise die Hervorhebung eines preussischen Standpunktes, keinerlei partikularistische Ueberhebung, denn wir verfolgen mit ihm nicht bloß ein spezifisch preussisches, sondern zugleich ein allgemeines Reichsinteresse und können ohne Ueberhebung sagen, daß in dieser Frage das deutsche Nationalbewußtsein in dem preussischen Landtage zur Zeit stärker pulst als an der Stelle, wo es eigentlich den prägnantesten Ausdruck finden sollte. Unser Antrag stellt der Regierung unsere Unterstützung für ihre Maßregeln in Aussicht. Er soll kein Blankocheck sein, sondern dem Hause die Prüfung jeder einzelnen Maßregel vorbehalten. Jeder Pole muß deutsch lesen und sprechen können. Das ist sehr leicht gesagt, aber sehr schwer ausgeführt. Es schreite bisher an dem Widerstande der polnischen Geistlichkeit und auch an der Art der Schulerwaltung selbst. Jetzt führen in den polnischen Städten der polnische Rechtsanwaltschaft und Arzt das große Wort, und dadurch bekommt die Stadt ein polnisches Gepräge. Das ändert sich mit einem Schlage, sowie Militär hineingelegt wird. Auch für die Umgegend bildet eine solche Garnison einen Kristallisationspunkt. Was den Antrag des Fürsten Radziwill anlangt, so will ich seine Begründung abwarten und enthalte mich zunächst darauf einzugehen. Man könnte unserem Antrage vorwerfen, daß er post festum komme und nach den Verhandlungen des anderen Hauses kein aktuelles Interesse mehr habe. Ich möchte dem widersprechen. Wir haben hier im Herrenhause Lage darüber geführt, daß wir von der Staatsregierung vernachlässigt werden, daß man uns die Gesetze erst in zweiter Linie vorlegt. In dieser Beziehung ist eine erfreuliche Wendung eingetreten. Ich bitte Sie, dem Antrage zuzustimmen. (Beifall.)

Professor Dr. Dernburg: Der Antrag des verehrten Fürsten Radziwill geht doch aus von seinem Standpunkte etwas zu weit. Es ist ja leicht begreiflich, daß unser Antrag nicht die allgemeine Billigung findet, und namentlich für die Preußen polnischer Zunge auf den ersten Blick verlegend erscheint. Wir wollen nicht „Mißbilligkeit und Zwiespalt unter den Staatsangehörigen hervorzurufen“, sondern den preussischen Staat und seine Ehre schützen und gedeiblichere Zustände innerhalb der Bevölkerung schaffen. Dem Polen seine Muttersprache zu rauben, ist nicht unsere Absicht, auch ganz unmöglich. Keine Nation, die bereits zum Bewußtsein ihrer Nationalität gekommen ist, und eine bedeutende geistige Kultur hat — und die Polen haben eine der ersten unter den Slaven — läßt sich ihre Nationalität entreißen. Ich vermahne mich ausdrücklich gegen den Ausdruck „Germanisierung“. Damit arbeitet man nur der polnischen Propaganda in die Hand. Die Polen sollen Polen bleiben, oder besser polnische Preußen. Ich will die Erhaltung des zweisprachigen Charakters der Bevölkerung in den östlichen Landesteilen, aber Ausschließung der gegen die Integrität des preussischen Staates gerichteten Agitation.

Fürst Ferdinand Radziwill: Es kann uns natürlich nicht in den Sinn kommen, diesem Hause, einem hervorragenden Theil der Landesvertretung des leitenden deutschen Staats, zuzumischen, auf den Ausdruck und die Kundgebung eines gerechten nationalen Stolzes auf deutschen Geist, deutsche Bildung und Kultur deshalb zu verzichten, weil eine Minderheit eines anderssprachigen Volksstammes in diesem Staate Heimathrecht hat. Wir haben im Gegentheil volles Verständnis für die Aufgabe und das Bestreben des preussischen Staats, seine administrativen Maßregeln dahin zu richten, möglichst allen Staatsbürgern die Kenntniß der deutschen Sprache zu vermitteln. In allen Beziehungen des öffentlichen Rechts ist ja auch der polnischen Bevölkerung der Besitz dieser Kenntniß unentbehrlich. Inwiefern gehört die Erreichung dieses gerechten Ziels so sehr zu den selbstverständlichen Aufgaben des preussischen Staats, daß ich mich wirklich fragen muß: hat es denn zur Erreichung dieses Zieles einer so feierlichen Kundgebung der Regierung, und seitens des Hauses einer so feierlichen Ausrufung des Festhaltens an diesen Zielen bedurft, wie sie der Antrag Dernburg proponiert? Auf Kultur und allgemeine Bildung können doch die Prinzipien des Schutzzolls und des Prohibitivsystems nicht angewendet werden, namentlich in einem Gebiete nicht, durch welches sich die Sprachengrenze der slavischen und germanischen Welt hinzieht. Es ist absolut eine petitio principii, das Vordringen des polnischen Elements gegen das deutsche als notorisches Faktum hinzustellen. Das vorgebrachte statistische Beweismaterial widerspricht zum Theil direkt dieser Behauptung, auf die allein der Antrag Dernburg sich gründet. Nach den vom Minister Lucius selbst angegebenen Zahlen ist der polnische Grundbesitz in den letzten Jahren im Großherzogthum Posen um 195 537 Hektaren = 800 000 Morgen zuzugewachsen, und dies gilt eben gerade vom größeren Grundbesitz, den die Regierung als den Mittelpunkt der gegen sie gerichteten Bestrebungen betrachtet. Ich will gewiß nicht Del in die Flamme gießen, aber ich muß doch aussprechen, daß meiner festen Ueberzeugung nach der Kulturkampf mit diesem Vorgehen aufs Innigste zusammenhängt. Die Fürsorge des Staates soll allen seinen Angehörigen zu Gute kommen; hier dünkt man der Regierung fast unkontrollirbare diskretionäre Gewalten ein. Polnischen Bauern soll nichts aus dem Fonds zugewendet werden; anderen, abgelegeneren, ihrer Qualität noch ganz unbekanntem Staatsbürgern sollen die Vortheile zufließen. Das können Sie nicht gutheissen. In dem kirchenpolitischen Kampf haben wir den Ehrenplatz an der Seite unserer Mitbürger deutscher Nationalität behauptet und werden ihn nicht aufgeben. Wir werden weiter kämpfen an der Seite der Kämpfer für Wahrheit, Freiheit und Recht. Beim Ausbau der Staatsverwaltung auf wahrhaft konservativer Grundlage können Sie die Bausteine nicht ignorieren noch missen, welche Ihnen auf dieser Grundlage in der polnischen Bevölkerung zu Gebote stehen. Ich hoffe, daß Sie dieses Material in den Fundamenten mit werden verwenden können, und bitte Sie in diesem Sinne über den Antrag Dernburg zur Tagesordnung überzugehen.

v. Bethmann-Hollweg: Ich halte eine „feierliche“ Kundgebung, wie sie der Redner nennt, nicht für überflüssig. Es ist nicht nur hohe Zeit, daß die Regierung den Verhältnissen in den östlichen Provinzen ihre Aufmerksamkeit wieder zuwendet, sondern auch Zeit, ausdrücklich auf diese Nothwendigkeit hinzuweisen. In der deutschen Bevölkerung war das Gefühl weit verbreitet, daß man sie in neuerer Zeit im Stiche gelassen hatte. Vor ein paar Jahren setzte die Regierung in Bosen eine bestehende Verfassung von 1863, betreffend das Gebrauche der deutschen Sprache in Wirksamkeit; sie wurde von

der Centralstelle desavouirt. Ein härterer Schlag war den Deutschen seit Jahrzehnten nicht zugefügt worden. Als ich nach dem Badener Attentat auf den König eine Lokalität adreffe in Umlauf setzte, verweigerten meine polnischen Nachbarn die Beihiligung (hört, hört!), und seitdem ist das Verhältnis nie wieder so freundlich geworden als vorher; deshalb sind auch die im Antrag Radziwill ausgesprochenen Besorgnisse völlig illusorisch. Die Masse der Polen kann man nicht belehren, wir können nur verlangen, daß sie gute Preußen sind. Die Aktion der Regierung sollte also dahin gehen, die Deutschen zu fördern durch Kolonisation, durch Verbesserung der Kommunalverhältnisse der Provinz, durch Förderung der kirchlichen Bedürfnisse der Deutschen in der Diaspora (hört! hört!), auf dem Gebiete der Schule die Simultanschule zu pflegen (Unruhe), die in gewissen Bezirken sehr am Plage sind, und die Schule überhaupt von allen geistlichen Einflüssen zu befreien, sie als Staatsschule unabhängig zu stellen. (Beifall.)

v. Koltowski: Der Antrag widerspricht in seiner Tendenz sowohl der Bestimmung des Allgemeinen Landrechts, daß sich die Fremden aller Rechte der übrigen Einwohner zu erfreuen haben sollen, als auch dem Art. 4 der preussischen Verfassung, daß vor dem Gesetze alle Unterthanen gleich sein sollen. Die Regierung kommt immer mehr und mehr auf die schiefse Bahn der Ausnahmegesetze, die zahlreichen Rathkollektengesetze, die neue Auflage des Sozialistengesetzes und die neuen Polengesetze beweisen dies. Es wird nicht mehr lange dauern und der Art. 4 der Verfassung ist faktisch dadurch aufgehoben, daß die Unterthanen, welche wirklich vor dem Gesetze gleich sind, die Minorität im Staate bilden. Sie werden mir glauben, wenn ich Ihnen sage, daß es mir sehr schwer geworden ist, Verhältnisse, welche meine zeitlichen Gefühle aufs Schmerzlichste berühren, hier ganz objektiv zu besprechen; ich habe es gethan, um keine Leidenschaftlichkeit in die Debatte hineinzubringen. Folgen Sie meinem Beispiele, lehnen Sie den Antrag Dernburg ab durch Annahme der motivierten Tagesordnung des Fürsten Radziwill.

v. Kleiß: Keyow: Von Anfang an bin ich gegen jede Kulturkampfmäßregeln gewesen, die mir manche schmerzliche Stunde bereitet haben. Unser Antrag hat, wenn er auch im Allgemeinen dasselbe, wie der im Abgeordnetenhause verhandelte, verfolgt, die Absicht, eine Korrektur desselben vorzunehmen, indem er nicht bestimmte Maßregeln ins Auge faßt, sondern nur Schutz des Bestandes und der Entwicklung der deutschen Elemente. Wir wollen verhindern, daß Agitationen und Agitationen sich Rache geben, den Lauf der Geschichte zu korrigieren. Die Ereignisse des Jahres 1863 haben gezeigt, daß ein ganzer Organisationsapparat auch für die Provinz Posen fertig war. Solchen Aspirationen gegenüber hat der Staat die Verpflichtung, die weniger zuverlässigen Elemente zurückzubringen. Ich bitte Sie, unsern Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Bischof Dr. Kopp: Die ersten Tage, an denen ich die Ehre habe, den Beratungen des hohen Hauses beizuwohnen, stellen mich sofort vor eine Frage, die nicht an sich, aber doch für mich einige Schwierigkeit in sich schließt. Der Antrag, von dem Herr Redner eben vertheidigt worden ist, erhebt die Sicherheit des gesammten Vaterlandes. Diesem Antrage, an sich betrachtet, kann ich wohl ohne Bedenken zustimmen. (Sehr gut!) Die Liebe, das Interesse und der Sinn für die Würde und Größe des Vaterlandes muß jedem Landesbewohner innewohnen (Bravo!), und ich glaube, Sie haben ein Recht, dieses ganz besonders von denen zu verlangen, welche nach ihres Amtes berufen sind, die ritterliche Tugend im Volke zu wecken und zu pflegen. Nun hat der Redner des Gegenantrags die Befürchtung ausgesprochen, daß mit diesen Maßnahmen nur der Kulturkampf fortgesetzt und erweitert werden sollte, und ich muß belassen, daß mich dieser Anknüpfung etwas traurig gestimmt hat. Ich belege nichts mehr, als die verflochtenen 15 Jahre, ich belege sie für meine Kirche, aber auch für die Gesammtheit des Vaterlandes. (Beifall.) Ich stimme auch nicht allen Maßregeln zu, welche der verehrte Herr von Bethmann angegeben, aber ich enthalte mich, auf dieselben einzugehen, weil wir ja sonst vielleicht noch Gelegenheit dazu haben. Aber, meine hochverehrten Herren, einen Gesichtspunkt muß ich doch geltend machen und der bezieht sich denn auf meinen Entschluß. Die Wege, welche bei der Erreichung dieses Zieles zu gehen sind, die werden sich nicht immer auf dem Wege der Milde, der Schonung und Veröhnlichkeit bewegen können. Ich habe die feste Zuversicht, daß aus dem Zusammenwirken der verschiedenen Faktoren, des Gerechtigkeitssinnes der Regierung, des ritterlichen Sinnes dieses hohen Hauses und der Weisheit des anderen Hauses seine Resultate sich ergeben, denen zuzustimmen mir verlohren sein würde. (Beifall.)

Oberbürgermeister Winter (Danzig) erkennt in den Vorlagen der Regierung Akte des Friedens und der Abwehr von berechtigter polnischer Tendenzen.

Die Diskussion wird geschlossen. Als Mitanttragsteller des Antrags Radziwill erhält das Schlusswort

v. Kocielecki: Den Antrag Dernburg und die Wünsche der Regierung trennt eine große Kluft. Mit jenem ließe sich reden, mit diesem nicht. Nach dem Antrag Dernburg komme es bloß auf eine Vertretung der deutschen Sprache, nicht auf Vernichtung an, die Regierung aber hat immer prinzipiell betont, daß die Vorlagen rein defensiv seien. Der Reichslangler hat die Polen in Acht und Bann gethan. Warum sprechen auch Sie nicht offen aus, daß die vollständige Vernichtung des Polenthums der wahre Grund und das Ziel der Polenpolitik ist. Bei der Spannung zwischen der Regierung und den Eingeborenen sind die Beamten in erster Linie interessiert an dem Fortbestehen des Zwiespals. Sie sind aber auch das einzige Sprachrohr, durch welches die Regierung Kunde erhält von den Wünschen und Bestrebungen der polnischen Bevölkerung. Wären wir so, wie man uns schildert, dann wären wir allerdings zum Hängen reif. (Heiterkeit.) Wäre aber die Regierung besser informiert, so hätten wir nicht diese Ausnahmegesetze. Herr v. Bethmann frage ich, glauben Sie, daß wir Zeit haben, uns unproduktiven Träumereien hinzugeben? Warum greifen Sie immer auf 1848 zurück? Glauben Sie, daß wir in den letzten 40 Jahren, namentlich seit 1870 nichts gelernt haben? Bei uns vertritt nicht ein Mensch seine Zeit damit, um auf geographischen Karten die Landesgrenzen seines ehemaligen Vaterlandes zu übermalen. Jeder arbeitet bei uns ruhig und still. Still zu arbeiten und still abzuwarten, was da kommen mag! (Große Bewegung und Unruhe.) Unser Kampf ist kein territorialer, er bewegt sich auf einem anderen Schlachtfelde. In der Erhaltung unserer geistigen Güter werden wir unsere Positionen behaupten. Sie mögen darüber noch so lachen, und ich es Ernst damit. Den Gedanken, daß wir doch einmal zu einem politischen Leben auferstehen werden, wollen wir nie aufgeben. (Alte! Anhaltende Unruhe.) Aber aus welchen Theilen unserer ehemaligen Vaterlandes dieses neue Vaterland bestehen wird, welche Provinzen des alten Polen zu einem selbstständigen Leben zusammenzutreten das Glück haben werden, darüber verbricht sich bei uns kein Mensch den Kopf. (Lachen.) Ich rechne beklagen Sie sich, daß Ihre Stammesgenossen in Russland, Litland und Siebenbürgen verewaltigt werden. Ich kenne ein analoges Fall vor. Ein edler, konservativer Mann, Herr v. Verlaß, hat im Abgeordnetenhause gesagt: ich verwerfe nicht von vornherein alle Maßregeln, welche ich, wenn sie gegen mich gerichtet wurden, mißbillige. Diese schönen Worte wollen Sie beherrigen.

Das Schlusswort erhält Professor Dernburg: Dem Vorwurf gegenüber, daß die preussischen Beamten nicht für die Provinz Posen gethan haben, erinnere ich daran, daß sie in Folge der Verordnung von 1821 eine große Zahl von häuerlichen Höfen hergestellt haben. (Beifall.)

abend noch die Abreibung des ganzen Körpers vornehmen zu können. Dem entgegen bemerkte Herr Kanitz, daß doch sicher diese Funktion öfter geschehen könnte, als es jetzt im Allgemeinen der Fall sei. Der Hauptfehler sei nur in der Unkenntnis der Massen zu finden. Nachdem noch mehrere neue Mitglieder sich in die Liste eingeschrieben, wurde die Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

Der Verein der Parquet-Fußbodenleger hielt am 22. Februar Mauerstr. 86, eine öffentliche Versammlung ab. Herr Dr. Gerlach hielt einen Vortrag über „Arbeiter-Hygiene“. Als einen wesentlichen Faktor beim Entstehen von Krankheiten der Arbeiter nimmt der Vortragende das in den verschiedenen Branchen zur Verarbeitung gelangende Material an. Er schilderte in anschaulicher Weise, welche Menge schädlicher Stoffe in Gestalt von Staubtheilen dem Körper zugeführt werden, und auf die einzelnen Organe desselben zerstörende Wirkungen ausüben. Als weitere Ursache bei Krankheits-Erscheinungen bezeichnet der Vortragende die Körperstellung, welche der Mensch bei Ausübung seines Berufes annimmt, und bezeichnet dabei die sitzende und gebückte Stellung als die schädlichste in ihrer Wirkung auf die Gesundheit. Ferner stellt Redner die körperliche Ueberanstrengung als eine der größten Uebel hin, welches sofortige Störungen in den Funktionen der Lunge sowie des Blutumlaufes nach sich ziehen kann. Die Beschaffenheit der Arbeitsräume besprechend, kommt Redner zu dem Resultat, daß wohl auf diesem Gebiet das meiste gesündigt wird, indem es zum großen Theil in den Werkstätten und Fabriken an der nöthigen frischen Luft und an Licht fehlt. Luft und Licht wären in allererster Linie zur Erhaltung der Gesundheit nöthig. Redner betont, daß es Sache der maßgebenden Behörden wäre, darauf zu achten, daß in dieser Hinsicht mehr wie bisher den sanitären Anforderungen Rechnung getragen werde. Vom sanitären Standpunkt wäre es geboten, in allen Fabriken besondere Räume herzustellen, wo die Arbeiter während der Ruhepausen ihre Mahlzeit einnehmen, auch müßte für Reinigungs-Einrichtungen Sorge getragen werden, damit der Arbeiter nach vollbrachter Arbeit sich genügend reinigen könne. Nachdem der Vortragende noch gegen die verschiedenen Ursachen von Krankheiten Schutzmaßregeln empfohlen hatte, ging derselbe zu dem Thema der Frauen- und Kinderarbeit über und betonte, daß dieselbe vom hygienischen Standpunkte aus auf's schärfste zu bekämpfen sei. Durch die Arbeit der Kinder in Fabriken wurde zum großen Theil schon der Keim zu verheerenden Krankheiten gelegt. Aus solchen Kindern könne sich nie eine kräftige Generation entwickeln. Jene Herren Manchestermännern, welche im Parlament die Kinderarbeit immer noch als nicht entbehrlich für gewisse Industriezweige oder als zweckentsprechend für die Kinder hinstellen, möchten doch ihre eigenen Kinder in die Fabrik schicken, sie würden dann vielleicht eines Besseren belehrt werden. Als eine weitere Forderung auch der Hygiene bezeichnet der Vortragende den gesetzlichen Normalarbeitslohn und die Sonntagsruhe. Er wies nach, daß dadurch viel zur Hebung der sanitären Verhältnisse im Arbeiterstande beigetragen werden könne. Redner kam hierbei auf die schwebende Fabrikgesetzgebung zu sprechen, und bemerkte, daß dieselbe in diesem Sinne schon segensbringend

wirkt habe, daß hingegen durch unsere jetzigen gesetzlichen Bestimmungen in diesem Sinne nicht viel für den Arbeiter zu erreichen sei. Deshalb hätten die Arbeiter die Pflicht, immer von neuem die Forderungen nach gesetzlichem Schutz zu stellen. Nur durch das Gesetz könnten dauernde Verbesserungen für den Arbeiter und seine Familie erreicht werden. Reicher Beifall lohnte den Redner. In den Vorträgen schloß sich eine Diskussion und Fragestellung, und beantwortete der Vortragende die gestellten Fragen in eingehender Weise. Von Herrn Zimmermann wurde hierauf der Antrag gestellt, „an sämtliche Inhaber von Parquetfabriken ein Birkular zu richten, und dieselben auf den Arbeitsnachweis hinzuweisen.“ Nach lebhafter Debatte wurde beschlossen, diesen Antrag der nächsten geschlossenen Mitgliederversammlung zur Beschlußfassung zu überweisen. Zum Schluß erwähnte der Vortragende die Mitglieder zu reger Theilnahme an den Versammlungen und zu festem Zusammenhalten.

Der Arbeiter-Bezirksverein „Unverzagt“ hielt am 23. Februar bei Jakob, Landbergstr. 86, eine Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der erste Vortragende einen Rückblick auf das zweijährige Bestehen des Vereins. Er führte aus, daß der Verein trotz mancher Widerwärtigkeiten zu den schönsten Hoffnungen berechtigt und brachte ein Hoch aus auf das fernere Gedeihen des Vereins, in welches die Versammelten begeistert einstimmten. Hierauf hielt Herr Dr. Gerlach einen Vortrag über „Arbeiter-Hygiene“. Referent behandelte in fesselnder Weise das für den Arbeiter so wichtige Thema. (Wir verzichten auf die Wiedergabe der Ausführungen des Vortragenden und verweisen unsere Leser auf den in der heutigen Nummer dieses Blattes enthaltenen Bericht der Versammlung des Vereins der Parquetbodenleger, wo Herr Dr. Gerlach über dasselbe Thema sprach.) — In der sehr animirten Diskussion erklärten sich sämtliche Redner mit den Ausführungen des Vortragenden einverstanden.

Bezirksverein des werktätigen Volkes der Schönhofener Vorstadt. Zur Bequemlichkeit der Mitglieder hat der Vorstand die Einrichtung getroffen, daß der Kassirer die Beiträge auch Sonntags Vormittags von 9—12 Uhr entgegennimmt bei Kuhlitz, Weinbergsweg 15c.

Für 1887 war für Chemnitz eine sächsische Industrie-Ausstellung geplant. Die Raths- und Städtverordneten-Kommission aber hat die Theilnahme der Stadt-Gemeinde an der Bekämpfung zum Garantiefonds für die pro 1887 projektierte Industrie-Ausstellung einstimmig abgelehnt. Hauptgrund der Ablehnung ist die für 1888 geplante Berliner deutsche Ausstellung. — Bravo!

Im englischen Unterhause wurde der Antrag Stuart's, daß die Reform der Londoner Polizei zugleich eine Reform der sächsischen Verwaltung in sich schließen müsse, welche den Vertretern der Londoner Steuerzahler eine direkte Kontrolle über die Polizei sichere, von den Vertretern der Regierung bekämpft und nach mehrstündiger Debatte abgelehnt.

Briefkasten der Redaktion.

B. P. 5. 1. Gesetzlicher Vormund über ein uneheliches Kind ist der Vater der unehelichen Mutter, also der mütterliche Großvater. Das Vormundschaftsgericht kann aber auch einen anderen Vormund bestellen, und es ist Jeder, also event. auch der uneheliche Vater des Kindes, zur Uebernahme dieser Vormundschaft verpflichtet, wenn ihm nicht einer der im Gesetz angeführten Ablehnungsgründe zur Seite steht. — 2. Der Vater eines unehelichen Kindes muß dasselbe bis zum vollendeten 14. Lebensjahre alimentiren, später nur, wenn dasselbe wegen Krankheit oder sonst erwerbsunfähig ist.

R. Arbeiter. Die Armenverwaltung, welche einen Geldbedürftigen unterstützt hat, kann sich an alle diejenigen halten, welche privatrechtlich zur Unterstützung des ersteren verpflichtet waren. Das Gesetz legt nun den Kindern die Verantwortlichkeit auf, für ihre unterstützungsbedürftigen Eltern zu sorgen, aber nur, wenn die Kinder hierzu in der Lage sind. Letztere können sich also gegen eine etwaige Klage des Arznenverwalters durch die von ihnen zu beweisende Behauptung verteidigen, daß sie zur Unterstützung der Eltern nicht im Stande sind, ohne ihren eigenen Unterhalt sowie den von Frau und Kindern zu bestreiten.

B. P. Gerichtspraxe. Darüber können wir Ihnen leider keine Auskunft geben. Wenden Sie sich an eine Anwaltskammer.

G. S. 12. Ein Lehrling ist nicht verpflichtet, seinen Lehrherrn einen bei der Arbeit zerplatzten Zylinder zu ersetzen, wenn nicht eine Fahrlässigkeit seinerseits vorliegt.

R. R. Drangenstraße. Wenn ein schriftlicher Mietvertrag abgeschlossen und von beiden Theilen einmal unterschrieben ist, so behält derselbe Gültigkeit, gleichviel ob er gestempelt ist oder nicht, und ob die Unterschrift des Miethers noch vorhanden oder aber vom Miethselben eigenmächtig abgewischt ist. Wenn daher der Miethselben die Uebergabe verweigert, so können Sie nach Ihrer Wahl auf Immission (Einräumung der Wohnung) oder auf Schadenersatz klagen. Sie müssen aber, wegen Stempelverletzung mit dem Miethselben verbundenen Stempelsteuern bestraft zu werden. Der Miethselben der gleichen Strafe unterliegen und außerdem möglicherweise noch wegen Urkundenbeschädigung (§ 274 Str. G. B.) bestraft werden.

Dankfagung.

Den zahlreichen Freunden, Verwandten und Bekannten, sowie auch insbesondere dem Gesangsverein „Brunonia“ und dem Köhr'schen Gesangsverein (gemischter Chor), welche unseren lieben Bruder August Adam zu seiner letzten Ruhestätte geleiteten, hiermit für ihre ehrende Theilnahme unseren innigsten Dank.

Die Er-rüder Adam.

Die Nr. 26 des „Wahren Jakob“ ist erschienen und in der Expedition, Zimmerstraße 44, zu haben.

Roh-Tabak.

Sämmtliche in- und ausländische Tabake offerirt in Ballen und ausgewogen.

Sumatra

von 165—500 Pf.

Berthold Frank & Co.

N., Brunnenstr. 7.

Empfehle meine Schlosserei und Nähmaschinen-Reparatur-Werkstatt. Nähmaschinen sämmtlicher Systeme auf Lager.

R. Fiew, Mauerstr. 88, 80.

Uhren-Geschäft

von R. Rittershausen, Fehrbellner-Strasse 1, Ecke der Schönhauser Allee, empfiehlt sein wohlaffortirtes Lager sämmtlicher Uhren zu den billigsten Preisen. Um den Einkauf zu erleichtern, werden auch sämmtliche Arten Uhren ohne jede Preiserhöhung gegen geringe Theilzahlungen abgegeben. Reparaturen werden solide und billig ausgeführt.

Kanarienvögel.

Eigene Züchterei mit höchsten Preisen präparirt. Lager von Vogel- und Hechtbauern. Alle Futterarten. Besten süßen Sommerkräutern. Gärten Kantussamen gegen Heiserkeit und zur Beförderung des Gesanges. Alle Utensilien für Vögel. — Goldfisch Depot.

Julius Michow, Berlin SW., Friedrichstraße Nr. 247.

Arbeiter-Bezirksverein f. d. Osten Berlins.

Diesmal **Mittwoch, den 3. März, Abds. 8¹/₂ Uhr, Versammlung** in Keller's Lokal, Andreasstraße Nr. 21.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Herrn Aug. Heine über: „Die Schulfrage“.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
4. Fragekasten.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt. — Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Die neuen Statuten können gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte in Empfang genommen werden.

Der Vorstand.

Die am 7. Februar in meinen Geschäftsräumen Jerusalemstraße 21 durch

Brand und Wasser

beschädigten Damenmäntel, bestehend in Regenmäntel, Sommerhängen, Dollmans, Paletots, Einsegnungsmäntel, Hindermäntel, Wintermäntel, gelangen jetzt, nach beendeter Abschätzung seitens der Feuerversicherungs-Gesellschaft, zum Ausverkauf zu Tarpreisen alltäglich

Vormittags 9—12 Uhr, Nachmittags 2—5 Uhr.

Ferner muß wegen

Abbruch des Hauses

mit sämmtlichen unbeschädigten Damenmänteln zu jedem nur annehmbaren Preise total geräumt werden.

Dieser Ausverkauf wird nur ganz kurze Zeit stattfinden.

William Herz, Jerusalemstr. 21.

Die Unterzeichneten ersuchen alle, welche noch gesammelte Gelder für die freilebenden Glacehandschuhmacher in Händen haben, dieselben nebst den betreffenden Listen abzugeben im Bureau Invalidenstraße 16 bei Viedrich. Die Lohnkommission d. Handschuhmacher Berlins.

Zwanzig Mark 26 Pfg., Teller-Sammlung von der Versammlung am 26. Februar in Sanssouci, habe ich heute von Herrn Jubel empfangen, was ich hiermit dankend bescheinige.

Kathke, Waldemarstraße 32.

Kanarienvögel verl. Ginzert, Mödernerstraße 82.

Eine Kiste m. 6 Kl. u. verl. b. Urban, Fortstr. 56.

Gute alte Betten, sowie 1 Lehnstuhl, billig zu verl. D. Sommerfeld, Drantenstr. 199. [847]

In einer möblirten Stube kann ein Herr mit einwohnen, Waldemarstr. 72 bei Mehnert. [840]

Eine Schlafstelle zu vermieten Waldemarstraße 9, 4 Tr. verl. b. Riecke. [845]

Freundl. und saubere Schlafstelle zu vermieten Galtstr. 27, vorn 4 Tr. rechts. [846]

Fachverein der Drechsler, Knopfabriker und Berufsgenossen.

Am Dienstag, den 2. März, Abends 8¹/₂ Uhr, **Versammlung** in Säger's Salon, Grüner Weg Nr. 29.

L. O.: Vortrag, Diskussion. Siehe redaktionellen Theil heutiger Nummer.

Der Vorstand.

Unserm Freund und Kollegen Adolf Jäger zu seinem heutigen Wegenzustie die herzlichste Gratulation und ein donnerndes Hoch, daß der ganze Kottbuser Damm wackelt.

R. P. H. Z.

Große Volks-Versammlung

Montag, den 1. März, Abends 8 Uhr, in Sabel's Brauerei, Bergmannstraße 5/7.

Tages-Ordnung:

1. Das Wohlgeleit. Referent: Herr Reichstagsabgeordneter W. H. Viehnecht. [817]

Fachverein der Schneider.

Versammlung am Montag, den 1. März, Abends 8¹/₂ Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77/79 (oberer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal.
2. Die religiöse Erziehung als Grundlage der Moral. Referent: Herr Wegner. [801]
3. Bericht einiger Kommissionen.
4. Wichtige Vereinsangelegenheiten.

Nichtmitglieder haben Zutritt. Aufnahme neuer Mitglieder in den Verein und zum Zuschneidekursus findet statt.

Gute elegante Herren- und Knaben-Garderobe in großer Auswahl. Gute getr. Hosen v. 2 R. an. D. Sommerfeld, Drantenstr. 199. [848]

Maschinenmeister der Buchdruckereien Berlins.

Am Sonntag, den 28. d. M., Vorm. 11 Uhr, **Allgemeine Versammlung** in Schultheiß' Brauerei-Ausschank, Jakobstr. 24/25.

Tages-Ordnung:

1. Besprechung über Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Bezirk.
2. Wie stellen sich die Maschinenmeister Berlins zu der in ganz Deutschland bevorstehenden Bewegung behufs Regelung der Lohnfrage.

Der Einberufer.

Bezirksverein d. arbeitenden Bevölkerung des SW. Berlins.

Die Versammlung findet nicht Montag, sondern Umstände halber **Donnerstag, den 4. März,** Abends 8 Uhr, in den Kaiserhallen, Alte Jakobstraße 10/11.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Vogt. 2. Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Willkommen.

Versammlung der Zimmerleute

am Mittwoch, den 3. März, Abends 8¹/₂ Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77—79.

Tages-Ordnung:

1. Das Verhalten der Reichs-Lohnkommission, welche am 4. Februar von den Geschäfts-Inhabern eingesetzt worden ist, gegenüber den Zimmergefellten Berlin.
2. Verschiedenes.

Jeder Deputirte ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Lohn-Kommission. J. H. J. Seigt, Schönholzerstr. 10a.

Unterstützungsverein der Buchbinder zc.

Montag, den 1. März, Abends 8¹/₂ Uhr, Alte Jakobstraße 75.

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: Verbands-Nachrichten, eventuell Austritt aus dem Verband.

Central-Franken- und Sterbekasse des deutschen Senefelder-Bundes.

(E. S., Verwaltungsstelle Berlin.) Dienstag, den 2. März, Abends 9 Uhr, in Restaurant Weiss, Alexanderstr. 31.

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: Rechnungsbericht pr. 4. Quartal 1885. — Neuwahl sämmtlicher Kassendirektoren. — Bericht über die General-Versammlung.

Paul Wöhring.

Arbeitsmarkt.

1 Tischlerg. a. St. Rölltwer, Walladenstr. 86. Hof 2 Tr.